

Kamener Zeitung

Erscheint an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühr für die Zeile oder deren Raum 10 Pfennig, die Reklamazeile oder deren Raum 35 Pfennig.

Volksfreund für Kamen und Umgegend

Expedition von J. Brombach in Kamen

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage für's Heim monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig.

Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim“

dreimal wöchentlich

Freiwillige Unfall-Unterstützung.

Nr. 110.

Sonnabend den 12. September 1908.

36. Jahrgang.

Erstes Blatt.

Zu den neuen Reichssteuern.

Ueber die halbamtlich bisher nur in allgemeinen Umrissen angekündigten neuen Steuervorlagen erfährt die Scherlpresse noch folgendes:

Daß zu den modernen Einrichtungen, die besteuert werden sollen, in erster Linie die Elektrizität und das Gas gehören, ist bereits bekannt. Es soll dabei aber weniger die von diesen beiden Quellen ausgehende Kraft, als das Licht, (Licht also noch mehr wie Kraft) besteuert werden, und auch nicht die Produktion, sondern diese Abgabe soll den Konsumenten auferlegt werden, wenngleich ihre Erhebung bei den Produzenten stattfinden dürfte. Die gewerblichen Interessen sollten nach Möglichkeit geschützt werden. Ferner ist unter jenen modernen Einrichtungen auch das Reklamewesen gedacht, das ebenfalls zur Besteuerung herangezogen werden soll, ob es nun in Gestalt von Plakaten, von Inschriften an Mauern, Bergen u. s. w. oder von Zeitungsinseraten auftritt. Was diese anlangt, so will man weitgehende Unterschiede machen, die sogenannten „kleinen Anzeigen“ unabhängig von ihrem Umfang und nur nach ihrem Zweck betrachten, also Stellenangebote und Familienanzeigen u. dergl. ganz steuerfrei lassen und auch die minder leistungsfähigen kleineren Blätter zu der Anzeigensteuer nicht heranziehen, sondern sie lediglich von den größeren, extrareichen Blättern erheben.

Die vor einem Jahr eingeführte Fahrkartensteuer soll vollständig wieder aufgehoben werden.

Erhöhung der Einkommensteuer in Preußen.

Zur gleichen Zeit, in der die Finanzreform den Reichstag beschäftigen wird, sollen bekanntlich dem preussischen Abgeordnetenhaus die Vorlagen betreffend Erhöhung der Gehälter für die Beamten, Lehrer und Geistlichen unterbreitet werden. Zur Deckung des Mehrbedarfs, der durch diese Befoldungsgehalte verursacht werden wird, soll, wie uns an wohlunterrichteter Stelle bekannt ist, in erster Linie eine Erhöhung der Einkommensteuer vorgenommen werden. Eine dauernde Mehrbelastung des Staatsbudgets mit circa 130 Millionen Mark kann, wenn man die finanzielle Zukunft Preußens nicht gefährden will, nur dann in

Aussicht genommen werden, wenn wenigstens ein erheblicher Teil der Erhöhung durch Vermehrung der Staatssteuern Deckung findet. Darauf glaubt die Regierung um so weniger verzichten zu können, als sowohl in Preußen selbst wie auch sonst im Reich die gesamten Ausgaben stark im Steigen begriffen sind, die Einnahmen aber nur eine relative Erhöhung aufzuweisen haben. So hat man u. a. eine Erhöhung der Gütertarife im Interesse des Verkehrs nicht vornehmen zu dürfen geglaubt, ihnen vielmehr in einigen Gebietskreisen eine wesentliche Erniedrigung zuteil werden lassen. Das Anwachsen der Ausgaben ist aber schon allein durch das stetige Steigen von Arbeitslöhnen, Kohlen und Rohmaterialpreisen usw. bedingt. Die preussische Finanzverwaltung glaubt deshalb, für die geplante Erhöhung der Einkommensteuer auf allgemeines Einverständnis rechnen zu können, im Vertrauen darauf, daß an dem alten, soliden Finanzgebaren des preussischen Staates nicht gerüttelt und das Fundament seiner Größe nicht gefährdet werden dürfe.

Die Ereignisse in Marokko.

Abdul Aziz ist ein bescheidener Mann. Wie es heißt, fordert er von seinem Bruder Mulay Hafid eine Pension von 1200 000 Francs. Dieser dagegen wolle ihm nur die Hälfte der verlangten Summe zubilligen. — In Fez hatte der deutsche Konsul Dr. Bassel eine Unterredung mit Mulay Hafid.

Der französische Minister des Aeußeren hatte Mittwoch neuerdings eine längere Unterredung mit dem spanischen Botschafter, in welcher die in San Sebastian zum Ausdruck gebrachten Wünsche, bezüglich der französisch-spanischen Note besprochen wurden. „Petit Parisien“ betont, daß die Mächte in dem Augenblicke, wo sie die französisch-spanische Note zur Grundlage ihrer Verhandlungen nehmen werden, damit noch keine bestimmte Verpflichtung für ihr künftiges Verhalten eingehen; eine gründliche allgemeine Aussprache sei aber für alle Teile nützlich.

Ueber die Vorgänge auf dem Kriegsschauplatz

sind folgende telegraphische Nachrichten eingegangen: Wie aus Bu Denib gemeldet wird, zerstreute Major Fesch am Abend des 7. September die plündernden Trupps und verbrachte die Nacht an der Wasserstelle Oblat Rahia auf halbem Wege von Bu Denib nach den Dörfern am Flusse Sig. Dienstag Abend vereinigte er sich bei Tazugert mit dem Gros der Kolonne, die den Ausgang der Schlacht von Tazugert besetzt hielt, und sich bei dem Dorfe Tazugert festsetzte. Die Einwohner dieses Ortes, die vorher schon eine ferozeste Haltung beobachtet hatten, wurden durch die Kolonne nicht beunruhigt. Oberst Mir fand auf seinem Marsche Vorräte

aller Art, Habsgüter, Verwundete, u. Frauen, die die Sarfa zurückgelassen hatte. Es ist wahrscheinlich, daß nach der heutigen Ruhepause Oberst Mir bis nach Doukal, einem der Hauptstützpunkte der Sarfa, vorrücken wird.

Hollands Hoffnungen zerstört?

Ueber das Befinden der Königin Wilhelmina der Niederlande liegen sich widersprechende Nachrichten vor. Die erste Meldung, datiert Haag, 10. September, besagt: „Nach Mitteilungen von maßgebender Stelle ist das Befinden der Königin Wilhelmina gut. Die Niederkunft wird ungefähr zum April erwartet. Der Hof wird seinen diesjährigen Aufenthalt auf Schloß Loo mindestens bis in den Oktober hinein verlängern. Die Rückkehr nach dem Haag ist noch nicht festgesetzt worden.“ Spätere Amsterdamer Depeschen berichten dagegen von einer vorzeitigen Entbindung der Königin, die nach der einen Meldung bereits am Sonnabend erfolgt sein soll. Da es in dieser Meldung heißt, die Gerüchte seien in Apeldoorn bestätigt worden, so ist wohl ihre Richtigkeit anzunehmen. Die Erwartungen der jungen Königin und des holländischen Volkes wären somit wiederum zu Schanden geworden und die Thronfolgefrage dürfte von neuem brennend werden. Die erwähnten Telegramme lauten:

Amsterdam, 10. Sept. Hier waren heute Gerüchte über eine vorzeitige Entbindung der Königin verbreitet. Es liegt jedoch hierfür keine glaubwürdige Bestätigung vor.

Amsterdam, 10. Sept. Nach einer Depesche aus Apeldoorn wird dort die Meldung von der vorzeitigen Entbindung der Königin bestätigt. Die Entbindung soll bereits am letzten Sonnabend Abend stattgefunden haben. Das Befinden der Königin sei zufriedenstellend.

Deutschland.

— (Automobiltour des Kaisers an die französische Grenze.) Aus Strassburg wird gemeldet, Kaiser Wilhelm plane einen Automobilausflug nach der Schlucht. Bekanntlich läuft die französische Grenze die Schlucht entlang. Als Pikanterie wird hinzugefügt, daß der Kaiser, um die Aussicht auf Gerardmer Tal und See voll zu genießen, etwa 50 Meter

auf französischem Boden vorschreiten muß. Die Nachricht soll angeblich in Paris „einiges Aufsehen“ erregen. Man merkt, daß die französischen Grenzbehörden nicht benachrichtigt worden seien.

— Dem kommandierenden General des 15. Armeekorps, General Ritter Hentischel v. Gilgenheim, ist aus Anlaß der Kaisermandat der Schwarze Adlerorden verliehen worden. Außerdem haben u. a. erhalten das Großkreuz des Roten Adlerordens mit Eichenlaub: General der Infanterie von Wittich und Gaffron, kommandierender General des 16. Armeekorps, General der Infanterie von Armin, Gouverneur von Mek; das Großkreuz des Roten Adlerordens mit Eichenlaub und Schwertern am Ringe: General der Kavallerie von Mohner, Gouverneur von Straßburg i. E.

— Die Disziplinarverhandlung gegen den Bürgermeister Dr. Schüding, die auf den 19. September in Schleswig angesetzt war, soll, wie die „Neue Hamb. Ztg.“ von zuverlässiger Seite erfahren haben will, wieder abgesetzt worden sein.

— (Erleichterungen für Oberrealschulabiturienten.) Der Kultusminister hat sich, wie wir hören, mit den folgenden Grundrissen einverstanden erklärt: Bei der Prüfung früherer Oberrealschulabiturienten zur Feststellung der für die Berechnung in die Obersekunda eines Realgymnasiums erforderlichen Lateinkenntnisse soll künftig als ausreichend gelten: 1) eine schriftliche Uebersetzung aus dem Lateinischen ins Deutsche, sowie 2) in der mündlichen Prüfung der Nachweis der Kenntnis der Elementargrammatik, etwa im Anschluß an die Caesarlektüre.

— (Ein Bund der Arbeitgeber?) Wie eine Korrespondenz meldet, sind Vorbereitungen zur Gründung einer politischen Arbeitgeberpartei im Gange und bereits rüstig fortgeschritten. Im Spätherbst wird auch die öffentliche Agitation für den Bund aufgenommen werden. Man plant angeblich einen Bund der Arbeitgeber nach dem Vorbilde des Bundes der Landwirte. Möglich wäre auch ein Zusammengehen beider Bünde, das sich insbesondere auf das Gebiet der Sozialpolitik erstrecken dürfte.

— (Erbrechtsreform.) Die Beschränkung des Erbrechts, von der seinerzeit viel gesprochen wurde, scheint nun doch Tatsache werden zu sollen. Justizrat Bamberger, der die Idee der Erbrechtsbeschränkung zuerst angeregt hat, ist in der Lage, über die Pläne der Regierung Näheres mitzuteilen. Danach wird geplant, bei der bevorstehenden Finanzreform die Erbrechtsbeschränkung hinter den Geschwisterkindern zu errichten und die weiteren Seiten verwandten durch die Reichskasse zu ersetzen.

„Der König der Flieger.“

Ueber den Flug Wrights am Mittwoch Vormittag werden der „Daily Mail“ noch folgende Einzelheiten gemeldet: Alle früheren Aeroplanflüge traten gegen Wrights Flug von gestern morgen in den Schatten. Der Flug war zwar offiziell, wurde aber vom Präsidenten des New-Yorker Aeroklubs Augustus Post, zwei Unteroffizieren des Signal-Korps und drei Journalisten abgesehen, und alle Uhren stimmten überein. Am Morgen telephonierte Wrights Assistenten an ihn, nach dem Kosmos-Klub zu Washington, daß sich kein Lüftchen rührte, worauf er sofort nach Fort Meyer eilte. Auf dem Paradeplatz waren nicht mehr als 25 Personen anwesend, worüber sich Wright sehr erfreut zeigte, da das Ausweichen vor dichten Menschenmengen ihm häufig Schwierigkeiten bereitet hat. Um viertel auf neun Uhr flog der Aeroplan auf, sein Führer lächelte zuversichtlich. Beim ersten Fluge um das Paradesfeld ließ er seine Maschine mit wagemutigen Kiel in gleichmäßiger Höhe von 30 Fuß fliegen, dann flog er etwas tiefer zweimal herum. Er hatte die Maschine fortwährend unter voller Kontrolle, so daß sie seinem leisesten Befehl gehorchte. Der Motor arbeitete mit klarem Druck als je zuvor, und der große weiße mechanische Vogel glückte einem gewaltigen kreisenden Falken. Bei der fünften Runde schen Wright eine größere Höhe für sicherer zu halten, er stellte die vorderen Steuerflächen und die biegsamen Ränder der Hauptflügel ein wenig schief nach oben, und die Maschine glitt 150 Fuß in die Höhe. Dies ist die größte Erhebung, die eine Flugmaschine je erreicht hat. Die Zuschauer waren erstaunt über seinen Wagemut, doch Wright schien wie berauscht von seinem freien Vogelflug und segelte weit über das Paradesfeld hinaus, oft über den Kirchhof von Arlington und die elektrischen Straßen-

bahntrahnen außerhalb des Regierungsareals hinweg. Während der ganzen Zeit und bei allen Hin- und Herbewegungen und Auf- und Niederfliegen war es vollkommen ersichtlich, daß jede Bewegung von dem Willen des Führers abhing, nichts von einem Schwanken war zu sehen, über das sich Wright bei den ersten beiden Flügen mit der gegenwärtigen Maschine beklagte. Als die Runde sich verbreitete, daß Wright in der Luft sei und nicht herunterzukommen scheine, stießen die Offiziere ihr Fröhlichkeit im Stich und stürzten auf den Paradeplatz. Mr. Post und die Offiziere brachen in Beifallsklatschen aus, als der Flug länger und länger dauerte. Major Seguer, der Chef des Armeekorps-Luftschifferkorps rief: „Wir sind Zeugen des wunderbarsten wissenschaftlichen Erfolges in der Weltgeschichte! Ich bin froh, diesen Tag erlebt zu haben.“ Als Wright über 40 Minuten geflogen war, stimmten mehrere begeisterte Zuschauer einen Chor an: „Bien Delagrangé“, nach einer populären Melodie. Man sah, wie Wright hin und wieder den Motor sorgfältig prüfte; mehrmals versagte der Flügel, was ihm offenbar unangenehm war; doch flog er weiter und bediente den Aeroplan mit der Sicherheit eines Automobilisten, und er immer weitere Kreise beschrieb. Oft wechselte er die Höhe, zuweilen schoß er dicht über die Erde dahin, dann flog er wieder 150 Fuß hoch. Einmal ließ er offenbar scherzweise gerade auf die Zuschauer zu, die entsteht auseinanderstoben, doch waren seine Bewegungen nie im geringsten edig oder unfidher. Endlich, beim letzten, dem 58. Rundflug, stellte Wright den Motor ab, und die Maschine begann ihren langsamen allmählichen Niederkunft und kam nur wenige Meter vom Abflugplatz zur Erde.

Am Abend desselben Tages unternahm Orville Wright, wie ebenfalls schon kurz gemeldet, einen zweiten Aufstieg.

Bei diesem flog er ununterbrochen eine

Stunde, zwei Minuten und dreizehn Sekunden lang. Sein Flug war womöglich noch vollkommener als der am Vormittag. Wright nahm während des Fluges mehrmals seine rechte Hand vom Hebel und winkte damit den Zuschauern zu. Diesmal sah eine glänzende Gesellschaft zu, darunter Staatssekretär Taft, der Assistent des Staatssekretärs des Krieges Mercauer, der Assistent des Staatssekretärs des Schatzes Oliver Mr. Coolidge und viele hohe Offiziere in Uniform, darunter eine Anzahl Generale. Wright erklärte nach dem Fluge, daß er seine Geschwindigkeit auf 38 Meilen in der Stunde schätzte; er lenkte die Maschine jetzt unbewußt, gerade wie ein gewandter Radfahrer sein Rad. Das Flottendepartement der Marine kündigt an, daß ein offizieller Beobachter von Aeroplanflügen ernannt werden wird, und daß das Departement sofort Flugmaschinen ankaufen werde.

Als man Wright nach seinem ersten Fluge fragte, warum er nicht drei Minuten länger geflogen sei, erklärte er unbefangen, daß er dies leicht gekonnt hätte, doch sei ihm gänzlich unbekannt gewesen, wie lange er geflogen sei. Er glaubte, es seien nur 40 Minuten gewesen. — Kapitän Vanhorn erklärte, bei der Geschwindigkeit, mit der Wright geflogen sei, würde man ihn schwer haben treffen können; man würde aus mehreren Geschäften mit Schrapnell scheitern müssen. Wright meinte, während des Fluges wäre es schwierig, dessen Höhe zu schätzen. Die Versuchung, höher zu steigen, sei schwer zu unterdrücken. Nach Mr. Posts Schätzung flog Wright bei diesem Fluge mit einer Geschwindigkeit von 53,5 Meilen in der Stunde.

Nach seinem zweiten über eine Stunde dauernden Fluge landete Orville Wright mit Sicherheit und Leichtigkeit. Eine halbe Stunde danach unternahm er noch einen Flug, bei dem er Leutnant Frank Lahm mitnahm und 6 Minuten 24 Sekunden in der Luft blieb. Hierdurch li-

bete er einen neuen Weltrekord für einen Aeroplanflug mit zwei Personen. Leutnant Lahm, ein berühmter Luftballonführer, erklärte, der Flug sei besser gewesen, als in einem sphärischen Luftballon. Die Maschine flog langamer mit zwei Personen, aber dafür noch stetiger. Große Menschenmengen sahen dem Fluge zu, darunter der Staatssekretär des Krieges, der sich sehr befriedigt darüber ausdrückte, daß Amerika jetzt das führende Land in der Weltaeronautik sei.

Der vom Marineministerium mit der Beobachtung der Versuche Orville Wrights betraute Leutnant Grech äußerte seine Meinung dahin, daß Aeroplane auch von Schlachtschiffen benutzt werden könnten; es würde keine Schwierigkeiten bieten, den Apparat mittels der Wrightschen Antriebsvorrichtung vom Vorderdeck des Schiffes zu starten und bei der Rückkehr wieder aufzunehmen. General Allen sprach sich dahin aus, daß die Flugmaschinen auch für die Rettungstationen von großer Nützlichkeit wären. Nachdem sich der Sturm gelegt und der Wind nachgelassen hätte, könnte der Aeroplan leicht ein gestrandetes Schiff mit der Hilfsleine erreichen, bevor dies auf der bewegten See Booten möglich sein würde. Orville Wright, der zwei Jahre jünger als Wilbur ist, steuerte den Apparat bei früheren Versuchen häufiger als sein Bruder, der selbst wiederholt erklärte, weniger Übung zu besitzen. Wilbur Wright war von den ihm gemeldeten Erfolgen Orvilles sehr erfreut, aber, wie er sagte, nicht überrascht, da sie schon 1905 Dauerflüge von 32 und 38 Minuten ausgeführt hätten. Wilbur hat jetzt die Reparatur seines Fliegers beendet und gedenkt seine Versuche auf dem Feld von Auvoirs fortzusetzen. In Paris haben die Flüge Orvilles das größte Aufsehen erregt, doch hoffen die französischen Aviatiker Delagrangé und Farman, bei ihren nächsten Ausflügen ähnliche Erfolge zu erzielen.

Der christlich-sozialer Metallarbeiterverband Deutschlands hielt in München seine fünfte Generalversammlung ab. Zu Vorsitzenden der Tagung wurden Wieser (Duisburg) und Klotz (Essen) gewählt. Zum Begrüßungsabend waren die Reichstagsabgeordneten Schürer, Becker und Schiffer sowie die Landtagsabgeordnete Balthasar, Königbauer und Dörmann erschienen. Sekretär Rischke vom Metallarbeiterverband begrüßte die Versammlung und brachte ein Hoch auf den Prinz-Regenten aus. Abgeordneter Walterbach wies darauf hin, daß die christlich-soziale Arbeiterbewegung in kurzer Zeit trotz aller Schwierigkeiten die wichtigsten Kreise ergriffen habe. Insbesondere die konfessionellen Arbeitervereine kämpfen jetzt mit den christlich-sozialen Arbeiterverbänden Schulte an Schulter. — Die Hauptversammlung beschäftigte sich zunächst mit dem Geschäftsbericht des Verbandes. Der Bericht konstatierte, daß die wirtschaftliche Krise auf die Entwicklung des Verbandes insofern von ungünstigem Einfluß gewesen ist, als die Mitgliederzahl nicht den gehobenen allerdings sehr hochgeachteten Erwartungen entsprechend angewachsen sei. Immerhin sei die Mitgliederzahl um etwa 11 000 gestiegen. Das Vermögen des Verbandes ist auf 600 000 Mark angewachsen.

(Verbannung des Schimmels.) Die Mitkärtauglichkeit des Schimmels ist ganz und gar in Mißkredit geraten. Seine leuchtende Farbe paßt nicht mehr in die Zeit der weittragenden Waffen, die vielmehr verlangt, daß alles im Gelände möglichst wenig auffällt. Zum ersten Mal wohl in der Geschichte der Kaiserparaden sind die berittenen Truppenteile am 27. August in Metz und am 29. August in Straßburg i. E. ohne einen Schimmel in der Front, d. h. unter den Dienstpferden, ausgerückt. Nur einzelne Offiziere sind auf Schimmel beritten gewesen, und zwei Paukenträger waren Scheden mit beabsichtigt auffälliger Zeichnung. Wenn in Ost- und Westpreußen und in Posen immer noch vereinzelt Schimmel von den Remonte-Kommissionen angekauft werden, so sind sie meist für die 1. Leibhuzaren oder die wenigen Trompeterkorps bestimmt, die aus Tradition Schimmel reiten. Im 15. und 16. Korps, an der stets kriegsbereiten Grenze, hat aber der Schimmel keine Statt mehr. — Auch in Frankreich sucht man die weiße und graue Pferdefarbe im Heere nach Möglichkeit verschwinden zu lassen. So ist im großen Suchpreis von Frankreich, der staatlicherseits mit 40 000 Mark dotiert ist, und dessen Sieger von der Gestütsverwaltung gewöhnlich als Landbesitzer angekauft wird, die Kennung von Schimmeln neuerdings ausgeschlossen. Ähnlich geht Italien vor. Das Remonte-Departement der Armee schließt jetzt vom Ankauf alle Schimmel und Falben aus.

(Das Defizit von 1907.) Wieviel beträgt das Reichsdefizit von 1907? Verschiedentlich ist der Fehlbetrag, den die Reichskasse in Höhe von nahezu 14 Millionen aufwies, als das Reichsdefizit für 1907 bezeichnet worden. Damit sich die öffentliche Meinung angesichts der bevorstehenden Steuererhöhungen einer möglichst offenkundigen Stimmung hingabe, macht die Regierung jetzt eine Rechnung auf, wonach das Reichsdefizit 1907 nicht 14 Millionen, sondern 109,6 Millionen beträgt. Das Reichsdefizit besteht nämlich, so heißt es in der offiziellen Auslassung, nicht allein aus dem Fehlbetrag der Reichskasse, es setzt sich vielmehr aus diesem und den ungedeckten Matrifularumlagen zusammen. Die letzteren betrugen schon nach dem Etat für 1907 rund 88,5 Millionen Mark. Sie haben durch den Abschluß der Ueberweisungssteuern keine Ermäßigung, sondern eine Erhöhung, und zwar um 7,1 Millionen Mark, um die diese Steuern hinter dem Etatsanschlage zurückgeblieben sind, erfahren. Die Summe der für 1907 ungedeckten Matrifularumlagen beläuft sich demgemäß auf 95,6 Millionen Mark. Rechnet man dazu den Fehlbetrag, den die Reichskasse in Höhe von 14 Millionen aufzuweisen gehabt hat, hinzu, so ergibt sich, daß das Reichsdefizit für 1907 nicht 14, sondern 109,6 Millionen M. ausgemacht hat.

(Die sozialdemokratische Jugend.) Dieser Tage ist die Gründung einer selbständigen Organisation sozialdemokratischer Jugendvereine erfolgt, die in den Kreisen der Alten nicht weniger als angenehm berührt hat. Man verlangt die Wiederauflösung der Vereinigung der jungen Leute und droht ihnen den Ausschuß aus der Partei und andere Repressalien an. Auch die Gewerkschaften sind keinesfalls mit dieser Sonderorganisation einverstanden. Der Vorsitzende der Generalkommission Reichstagsabgeordneter Regien, erklärt ausdrücklich, daß die Gründung der Organisation gegen den Willen der Parteileitung und der Generalkommission erfolgt sei. Da sich auf der anderen Seite eine Reihe von Parteiführern für die Selbstständigmachung der Jugend ausgesprochen haben, so wird es auf dem Parteitag in Nürnberg auch wegen dieser Frage zu heftigen Auseinandersetzungen kommen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

In den tschechischen Orten Böhmens nimmt die gewalttätige Bedrohung Deutscher immer mehr zu. Nach einer Versammlung des deutschen Böhmerwaldbundes, die am Sonntag in Bergreichenstein stattfand, wurden die deutschen Mitglieder des Vereins noch in Bergreichenstein selbst von Tschechen aus Versehen mit Steinen beworfen und viele gefährlich verletzt. An den Gräßen waren auch tschechische Beamte beteiligt. Ferner wurden drei deutsche Hochschüler in Schüttenhofen bei der Rückfahrt nach Prag von der ganzen tschechischen Bevölkerung mißhandelt, ihr Kutscher wurde durch einen Steinwurf schwer verletzt. Sie suchten Schutz im Rathaus, aber der Einlaß wurde ihnen verweigert. Ähnlich erging es ihnen in ihrem Hotel, als ihnen zwei deutsche Beamte erklärten, daß ihnen persönliche Sicherheit nicht gewährt werden könne. Die drei Studenten wurden schließlich unter dem Schutze der Gendarmerie am Bahnhof begleitet.

Frankreich.

Wegen Verdachts der Spionage ist auf dem Bahnhof des Anbrais bei Orleans ein angeblicher Deutscher, Harnist aus Mühlhausen i. E., verhaftet worden. Der „Matin“ bringt hierzu folgende Einzelheiten: Harnist soll gefunden haben, für Rechnung Deutschlands seit mehreren Jahren in Frankreich Spionagegetriebe zu haben. Dem Blatte zufolge ist er zunächst nach Orleans gebracht und den dortigen Gerichten übergeben worden. Zur eingehenden Vernehmung und zur Aufklärung des Sachverhalts soll Harnist nach Bourges überführt werden. Ein Freund von Harnist, der mit diesem mehrere Reisen gemacht habe, und sich zurzeit in Paris aufhalte, werde dort sorgfältig überwacht.

England.

Dreitausend Arbeitslose in Glasgow versammelten sich Mittwoch um Mitternacht auf dem Georges Square, wo aufreisende Neben gehalten wurden. Die Polizei schritt ein und zerstreute die Menge, die auf neue einen Zug bildete, um schreiend und singend nach den Stadtvierteln zu ziehen, in denen die wohlhabenderen Klassen der Bevölkerung wohnen. Die Führer der Menge beabsichtigten eine Kundgebung vor dem Hause des Bürgermeisters. Als sie aber auf eine Viertelmeile herangekommen waren, erschien plötzlich berittene Polizei aus einem Hinterhalte und sprengte die Menge nach allen Seiten auseinander. Hierdurch entmutigt, zog dann die Schar nach der Stadt zurück, wo sie auseinandergetrieben wurde. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. Die Polizeimannschaften machten reichlichen Gebrauch von ihren Knütteln, so daß viele Demonstranten am Kopf verletzt wurden. Es sind von Seiten der Polizei die nötigen Vorsichtsmaßnahmen ergriffen worden, um die Wiederkehr der Unruhen zu verhindern.

Türkei.

(Der lokale Sultan.) Nach einer Meldung aus Konstantinopel hat der Sultan Abdul Samid sich entschlossen, sämtliche Kronomanen an den Staat abzuliefern, um seine Aufrichtigkeit zu beweisen und teilweise auch um Entschädigung zu gewähren für die vielen Millionen, die er in früheren Jahren der Staatskasse entnommen hat. Die Kronländer erzielen ein jährliches Einkommen von etwa zehn Millionen Mark. Sie sollen als Garantie für die vier Millionen Pfund betragende Staatsanleihe und für die eine Million Pfund betragende Anleihe für die Zivilliste verwendet werden.

(Erkrankung des Sultans?) In Konstantinopel verlautet, der Sultan sei unbehellig.

Bulgarien.

(Bulgarische Wahlmorde.) In dem bulgarischen Dorfe Skirchovo sind drei Bulgaren, Mitglieder der inneren Organisation, auf Befehl Panikas, des notorischen Mörders Sarafows und Garvanows, ermordet worden. Die Tat geschah, weil dem Wünsche Panikas, die drei Wahlagenten der inneren Organisation aus jener Gegend zurückzuziehen, nicht Folge geleistet wurde. Er wandte sich deshalb in einer Beschwerde an das Komitee für Einheit und Fortschritt in Saloniki. Da aber das Komitee trotz Panikas Vorstellungen keine Anstalten dazu machte, verfügte er die Ermordung der drei Bulgaren.

Persien.

Gnadenerlaß des Schahs von Persien. Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Teheran: Aus Anlaß der in der vorigen Woche erfolgten Geburt eines Sohnes hat der Schah fast alle in Bagdibah seit dem Staatsstreich festgehaltenen politischen Gefangenen freigegeben mit der Bedingung, Persien bezu. Teheran binnen 20 Tagen zu verlassen.

China.

Eine Volkszählung in China — die erste, die von der Regierung mit Ernst durchgeführt wurde, — hat eine Bevölkerung von 428 214 000 Seelen ergeben. Das Reich der Mitte birgt also fast ein Drittel sämtlicher Bewohner der Erde. Die Zahl der in China lebenden Ausländer beträgt 69 852.

Westfalen u. Rheinland.

Ramen, 12. September. (Verschiedenes.) — Hörde, 10. Sept. (Verschiedenes.) Der Westfälische Hauptverein für Bienenzucht, dem 107 Vereine mit 3810 Mitgliedern angehören, hat im Biedum seine 57. Jahresversammlung abgehalten. Die Jahresrechnung für 1907 schließt mit einer Einnahme von 4502 M. und einer Ausgabe von 3468 M. ab. Angeregt wurde die Angliederung eines Museums für Bienenzucht an den Lehrbienenstand in Soest. Der Bienenzuchtlehrer Stahr in Soest berichtete über den Deutschen Imkerbund und seine erste Hauptversammlung. Dem Bunde gehören 37 Verbände mit 83 000 Mitgliedern an. Mit der Versammlung war eine Ausstellung von Bienen und Bienenzeugnissen verbunden, die sehr gut besucht war und rege besucht wurde.

(Keine höhere Klasse benützen!) Diese Warnung ruft neuerdings die Eisenbahnverwaltung speziell den Fahrgästen 4. Klasse zu. Nur wenn alle Sitz- und Stehplätze in den Wagen 4. Klasse ausgenutzt sind, kann der Schaffner noch vorhandene Reisende anweisen, in der 3. Klasse Platz zu nehmen. Wer dies ohne ausdrückliche Anweisung tut, wird wegen Fahrgeldhinterziehung bestraft. Von der Fahrt ausgeschlossen wird unachtsamlich jeder, der sich den Anweisungen der Beamten nicht fügt, sondern selbständig in einer höheren Klasse Platz nimmt, wo es ihm beliebt. In der Nacht von Dienstag auf Mittwoch wurde in das Geschäftslokal der Firma J. Rabben eingebrochen und aus der unverschlossenen Ladentür ein Barbetrag von 24 Mark entwendet. Von den Dieben hat man bis jetzt keine Spur.

Am Sonntag findet auf der Wiese des Herrn B. Reinhard (Schützenhof) hier ein Wettspiel des Ballspielvereins Namen statt, worauf wir hiermit aufmerksam machen.

Dortmund, 10. Sept. (2 Kinder verunglückt.) Im Hause Lagerhausstraße 15 stürzte die 4jährige Maria Thiltschowski aus einem Fenster des 3. Stockwerks auf die Straße und erlitt einen Schädelbruch. — Gestern vormittag wurde ein fünf Jahre altes Mädchen von dem Fuhrwerk einer hiesigen Firma überfahren. Das Kind wollte auf den fahrenden Wagen springen, geriet dabei aber unter die Räder.

Hasppe, 10. Sept. Ueber Schülerwanderungen wird der Hag. Ztg. aus Wien geschrieben: Die Kaiser Realgymnasien, die in den vorigen Sommerferien nach Berlin gewandert sind, haben in diesem Jahre einen Tourenmarsch von noch größerer Ausdehnung ausgeführt. Unter Führung des Direktors und eines Oberlehrers wanderten 15 Schüler von Hasppe aus durchs Saerland nach Wittenburg und Eisenach, von da durch den Thüringer Wald und das Fichtelgebirge nach Eger und Marienbad. Dann wurde der Böhmerwald durchquert und nach 28tägigem Marsche Wien erreicht. Die ganze Wanderung von Hasppe bis Wien wurde zu Fuß zurückgelegt. Dabei wurde täglich von den Schülern selbst abgelocht. Je zwei hatten einen Spiritusföcher bei sich und bildeten eine Kochgemeinschaft. Es wurden Grießbrei, Reis oder Haferflocken mit Obst gekocht, Klöße, Pfannkuchen, Pilze, Maggischuppen, Mondamin oder ähnliches. Geschlafen wurde in Bauernhäusern, meist auf Strohhalm, so daß die ganze Wanderung verhältnismäßig sehr billig wurde. Augenblicklich sind die Haspfer in Wien, von wo sie mit der Bahn heimkehren werden.

Schwelm, 10. Sept. Ein raffinierter Viehdiebstahl wurde am Samstag, an hellem Tage, hier verübt. Der Sachverhalt ist folgender: Ein fein gekleideter Herr trat am Samstag früh zwischen 10 und 11 Uhr an den Inhaber W. D. heran, engagierte ihn zum Treiben einer Kuh und bestellte ihn gleichzeitig zu mehreren hiesigen Viehhändlern. Nachdem D. später bei diesen vorgespochen, nach dem Fremden gefragt, ihn jedoch nicht getroffen, wollte der Zufall es, daß er ihn schließlich noch in der Bahnhofstraße traf. Gemeinsam gingen die beiden nun zu der Weide an der Schnupfabakmühle hin. Der Fremde bezeichnete nunmehr ein schwarz-buntes Tier als das zu befördernde. Da sich dieses jedoch wild zeigte, ordnete der Fremde an, ein anderes, rotbuntes Tier zum Transport fertig zu machen, da er ja doch „alle Tiere auf der Weide gekauft“ habe. Der Transport zur Bahn ging nunmehr vor sich. Als Adressat und Abnehmer zeichnete der Fremde „Windhof-Schlebusch“. Nachdem der Fremde seinen Kutscher entlohnt, fuhr er selbst mit dem Zuge 4 1/2 Uhr ab. Das ganze war natürlich ein raffinierter Diebstahl, der Fremde ein Schwindler. Das gestohlene Tier gehörte dem Brennereibesitzer L. hier, der erst gegen Abend den Diebstahl entdeckte, die Polizei benachrichtigte und selbst mit einem Polizeibeamten nach Schlebusch fuhr. Es gelang, das Tier in Schlebusch am Bahnhofe, wo es noch nicht abgeholt war, wieder zu erlangen. Des raffinieren Diebes ist man noch nicht habhaft geworden.

Berne, 10. Sept. (Que über die Budgetbewilligung.) Hier fand die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins für den Reichstagswahlkreis Bochum statt. Fast sämtliche Redner waren sich einig in der Verteilung der Schreibweise des „Vorwärts“ und der „Reichs Volksztg.“. Reichstagsabgeordneter S. neigte, die Budgetbewilligung seien größtenteils beschimpft und heruntergerissen worden. Man solle doch die Süddeutschen hören, ehe man sie verurteile. Auch in der Reichstagsfraktion werde strengste Disziplin über viele Dinge gehalten. Dasselbe Recht hätte also auch die hiesige Fraktion, besonders, da die Auskunst vom Parteivorstand zur Weitergabe verlangt wurde. Auf Veranlassung und offenbar mit finanzieller Hilfe der Berliner haben schwache ländliche Kreise Delegierte gewählt. Wegen der Motive dazu sei die Aufregung der Süddeutschen begreiflich. Der Redner erklärte sich gegen Streichung des Satzes aus dem Vöbder Beschlusse, der die Bewilligung des Budgets unter Umständen zuläßt. Die Reichstagsfraktion ist schon weiter gegangen als die Badenser. Bebel habe selbst erklärt, daß die Fraktion für den Militäretat stimme, wenn die Ausgaben dafür durch direkte Reichsteuer beschafft werden. Auch die Gelder für das Zeppelinsche Luftschiff, das doch militärischen Zwecken dienend, sind von der sozialdemokratischen Fraktion bewilligt worden.

Wanne, 10. Sept. (Kampf zwischen Polen und Polizei.) Gestern nachmittag kam es anlässlich einer Lohnzahlung zwischen polnischen Bergarbeitern und der Polizei zu Streitigkeiten, die schließlich in ein Handgemenge ausarteten. Die Polizei zog blank und machte von der Waffe Gebrauch. Mehr Personen wurden mehr oder minder schwer verletzt.

Wanne, 9. Sept. (Gefährliche Burschenstreiche.) Ende August wurde von einigen Burschen ein Attentat auf den D-Zug Wanne-Münster verübt, indem man versuchte, ihn durch Auflegen von Steinen zum Entgleisen zu bringen. Die hiesige Kriminalpolizei hat die Täter, drei Burschen, festgestellt. Gegen sie ist die Untersuchung wegen groben Unfuges eingeleitet worden.

Unharmonischer Vorklang zum Kaisersingen.

(?) Bochum, 11. Sept. Der Männer-Gesangverein „Einigkeit“ hier hatte angeregt, aus den besten Sängern der Bochumer Gesangsvereine einen großen Chor zusammenzustellen, der dann bei dem Kaisersingen in Frankfurt mit in Wettbewerb treten sollte. Gestern Abend fand im Beisein eines Magistratsvertreters eine Vorbesprechung statt, zu welcher von den 30 geladenen Vereinen 16 einen Vertreter entsandt hatten. Nachdem man eine Zeilung im Frieden debattiert hatte, kam es infolge bissiger Bemerkungen eines Vertreters des Männergesangsvereins „Schlagel“ zu Diskussionen, die es ratam erscheinen

ließen, die Beratungen abzubrechen und die weitere Besprechung der Sache auf nächsten Mittwoch zu versetzen. Wenn in dieser zweiten Versammlung nicht mehr Harmonie herrscht als in der ersten, dann bleiben die Bochumer Sangesbrüder besser zu Hause.

Der Streik auf der Zeche Graf Bismarck.

(?) Reddinghausen, 11. Sept. Die Verwaltung der Zeche Graf Bismarck hat eine Bekanntmachung des Inhalts erlassen, daß sie vom 1. September ab eine Lohnerhöhung von 0,10 bis 0,20 M. für die Schlepper und Pferdetreiber eintreten lassen werde. Weitere Zugeständnisse könne sie nicht machen. Von den Ausländern wird eine Lohnerhöhung von 0,50 M. täglich verlangt.

(?) Reddinghausen, 11. Sept. Die Gesamtzahl der streikenden Schlepper und Pferdetreiber auf Schacht 2 und 3 der Zeche Graf Bismarck betrug gestern etwa 360. Wie man aus den Kreisen der Bergarbeiterorganisation hört, ist die Bewegung dadurch in ein bedenkliches Stadium getreten, daß die Unzufriedenheit jetzt auch auf die Lehrhauer übergriffen. Diese wurden, um den Betrieb aufrechterhalten zu können, als Ersatzmannschaften für die ausländischen Schlepper und Pferdetreiber verwendet. Das sagt den Leuten aber nicht zu und es ist fraglich, ob sie bei Fortdauer des Schlepperstreiks die Aushilfsarbeit weiter verrichten. Sollten auch die Lehrhauer sich dem Auslande anschließen, so würde eine Stilllegung des ganzen Betriebes die Folge sein. Auf gestern Abend war von den Ausländern eine Versammlung einberufen worden, die aber vereitelt wurde.

Münster, 11. Sept. Die Strafkammer verurteilte den früheren Volksbildungsbeamten Paul Specht wegen Unterschlagung einverleierter amtlicher Gelder in Höhe von 1203 M. zu 4 Monaten Gefängnis, wobei als mildernd ins Gewicht fiel, daß S. den Betrag inzwischen ersetzt hat.

Osterfeld, 11. Sept. (3 Vergleiche verunglückt.) Auf der Zeche „Bonnen“ gerieten beim Herausziehen von Wagen aus der Wäsche drei Mann unter die Maschine. Zwei von ihnen — die Vergleute Josef Lamel und Stanislaus Tomal, beide verheiratet, wurden auf der Stelle getötet, während ein dritter schwer verletzt wurde.

Essen, 10. Sept. (Unfallsfälle.) Dienstag Abend wurde auf der Straße Altesseisen-Graben ein am Bahnkörper beschäftigter Erdarbeiter von einem Personenzuge überfahren. Dem Bedauernswerten wurden beide Beine abgetrennt. Er wurde zum Krankenhaus überführt. An seinem Aufkommen wird gezweifelt. — Auf der Zeche Hertules verunglückte der 18jährige Arbeiter Heimholz. Er starb auf dem Wege zum Krankenhaus.

Duisburg, 11. Sept. Der Unbekannte, der, wie bereits gemeldet, an dem 11jährigen Schulmädchen Frieda N. aus der Waldstraße unter dem Vorgeben, es im Auftrage des Herrn Dr. Friede auf Bodenveracht zu untersuchen, einen dreifachen Vergewaltigungsversuch verübte, ist in der Person des 19 Jahre alten Krankenwärters Walter Bebel aus Berlin ermittelt und festgenommen worden. Tatsache ist, daß er mit der Feststellung der mit der an Boden verstorbenen Anna Möllers in Verbindung gekommenen Schulmädchen vom hiesigen Kreisarztamt beauftragt war. Zu einer Leibesuntersuchung stellte ihm natürlich jede Befugnis. Er wurde dem hiesigen Amtsgericht zugeführt.

Duisburg, 10. Sept. Ein leider unbekannter geheimer Mensch wußte sich die gegenwärtig hier herrschende Bodengefahr für seine unsauberen Zwecke dienstbar zu machen. Bei dem Zugführer E. v. d. S. erschien dieser Tage ein Mitte der 20 Jahre stehender Mann und ließ sich unter Vorzeigung eines mit der Schreibmaschine hergestellten Schreibens als vom hiesigen Arzt Dr. Friede beauftragt die 11jährige Schülerin Frieda N. vorführen. Da der Mensch vorgab, die Kleine auf Bodenveracht untersuchen zu sollen, wurde das Mädchen in Abwesenheit der Eltern mit dem Mann ins Schlafzimmer gelassen, wo es sich völlig entkleiden mußte. Als nach etwa einer halben Stunde Silferne aus dem Zimmer vernommen wurden, eilten Bewohner herbei, worauf der junge Mann, als ob nichts geschähe sei, aus dem Zimmer trat und erklärte, es wäre doch unangenehm, Kinder in Abwesenheit der Eltern untersuchen zu müssen, er wolle dies auch in Zukunft nicht mehr tun, worauf er sich entfernte. Die inzwischen zurückgekehrte Mutter erfuhr nun von der Klein, daß der Unhold sie zu vergewaltigen versucht habe.

Düsseldorf, 10. Sept. (Vergiftung durch Seemuscheln.) Im Marien-Hospital starb ein verheirateter Arbeiter aus der Marienstraße unter Vergiftungserscheinungen nach dem Genuß von Seemuscheln.

Oberhausen, 9. Sept. (Todessturz.) Auf dem Walzwerk Neu-Oberhausen ist der bei der Montage des neuen Stahlwerkes beschäftigte 16 Jahre alte Hilfsarbeiter Fleck von hier infolge eines Fehltrittes 15 Meter hoch abgestürzt; er starb kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus.

Röln, 10. Sept. (Gasvergiftung.) Dienstag vormittag wurde in einem Hause an der Niedrichstraße eine schon bejahrte Witwe in ihrem Bett tot aufgefunden. Die Dame, eine Rentnerin, war infolge von Gasvergiftung gestorben. Man fand einen Gasbahn im Zimmer offen und die Zimmerluft stark mit Gas durchsetzt. Es liegt anscheinend ein Unglücksfall vor.

Röln, 10. Sept. (Internationale Kirchenräuber.) Mit der Verhaftung einer Anzahl Kirchenräuber, die in den letzten Tagen auf helgischem Gebiet sowohl als auch in Röln bewirkt wurde, ist man einer internationalen Bande auf die Spur gekommen, die fast ausschließlich Kirchendiebstähle begangen und die Erträge aus ihren Spillbübereien in das Ausland schaffte. Bisher wurden Kirchenbiebstähle, verübt durch Mitglieder jener Bande, festgestellt in Eberfeld, Begenburg, Schwelm, Mannheim und Niederhollendorf.

Aus aller Welt.

Prinzessin Mathilde von Sachsen hat sich am Mittwoch durch einen Sturz vom Pferde eine Stauchung der rechten Hüfte zugezogen. Die Prinzessin wird genötigt sein, sich für einige Zeit Schonung aufzulegen.

Zur Errichtung eines Krematoriums hat der verstorbenen Fabrikant Leandardi der Stadt Friedberg 30000 Mark vermacht.

Den Verlust ihres künstlichen Gebisses hatte dieser Tage eine Dame zu beklagen, die den Personenzug von Stargard nach Döbbs benutzte und beim Hinaussteigen aus dem Abteilfenster das Gebiss verlor. Schnell entschlossen zog sie die Notleine, der Zug hielt auf offener Strecke, und die Dame gelangte wieder in den Besitz ihres Gebisses. Das unberechtigte Ziehen der Notbremse dürfte ihr aber noch teuer zu stehen kommen!

Ein schweres Automobilunglück

ereignete sich in der Nähe von Eupen, nahe der belgischen Grenze. Der Großindustrielle Debois aus Dion war mit seiner ganzen Familie — seiner 34-jährigen Frau, seinem 8-jährigen Sohne, zwei Schwägerinnen, einem Schwager und zwei Nichten — nach Nachen gefahren um seinen dort in einer Pensionsanstalt befindlichen Sohn zu besuchen. Bei der Rückfahrt kreuzte der Wagen eine Gruppe Radfahrer. Der Führer — Debois lenkte selbst — wich aus; aber in dem Augenblick lief ein Jagdhund vor das Automobil. Debois bremste so scharf, daß das schwere Automobil im Gefälle sich überschlug und die ganze Familie unter sich begrub. Debois Vater und Sohn blieben tot. Debois eine Schwägerin und deren Tochter wurden lebensgefährlich mit schweren Verletzungen unter dem Automobil hervorgezogen.

Mit 146 000 Francs verschwunden. Vor einigen Tagen erhielt ein ehemaliger Unteroffizier eine Anstellung als Kassenbote an einer Antwerpener Bank, und zwar infolge eines Zeugnisses, welches ihm der Postdirektor ausgestellt hatte, und in dem er als grundehrlicher Person bezeichnet wurde. Er hatte nämlich vor einigen Tagen eine Anzahl Einschreibebriefe zur Post zurückgebracht, die er angeblich auf der Straße gefunden hatte. Dadurch gewann er das Ver-

trauen des Postdirektors. Mittwoch wurde er beauftragt, 146 000 Francs bei der Antwerpener Filiale der Nationalbank zu erheben. Seit der Stunde ist er spurlos verschwunden. Es scheint, daß auch das Aufsuchen und Zurückgeben der Einschreibebriefe ein Trick gewesen ist, um sich auf diese Weise Vertrauen als ordentlicher Mensch zu gewinnen, das er dann in so schändlicher Weise mißbraucht hat.

120 Käufer abgebrannt. In der Ortschaft Jäsa im Komorner Komitat sind 120 Käufer samt Nebengebäuden mit Getreide und Futtermitteln abgebrannt.

Ein neuer Rekord für Flugmaschinen.

Drville Wright unternahm Mittwoch vormittag vor Beginn des Exercierens des Signalcorps der Bundesarmee in Washington einen Ausflug mit seinem Aeroplan. Er umkreiste das Gelände 58mal und blieb 57 Minuten 31 Sekunden in den Lüften. Die stündliche Durchschnittsgeschwindigkeit betrug 36 englische Meilen. Er hat damit jeden bisherigen Rekord für Flugmaschinen gebrochen.

Der Rekordflug Drville Wrights, der bei prächtigem Wetter stattfand, ging, bildet das Tagesgespräch. Wright, der die Bewegungen des Aeroplans vollständig meisterte, erklärte den seinen Flug beobachtenden Offizieren gegenüber, er hätte noch länger in der Luft bleiben können. Die Aufstiege Wrights bilden die Proben für seine offiziellen Flüge. Die Armeeverwaltung wird seine Flugmaschine ankaufen, falls es ihm bei den offiziellen Flügen gelingt, bei einer Stundengeschwindigkeit von 40 englischen Meilen eine Stunde lang in der Luft zu bleiben.

Neben einer Revolte russischer Landarbeiter auf der königlichen Domäne Berge zwischen Rauen und Paulinenaue, wird folgendes berichtet: Der Pächter Amtsrat Mühlhagen hatte den Arbeitern von dem Lohn vertraglich einen geringen Teilbetrag einbehalten, um eine Sicherheit zu haben, daß die Ausländer, wie dies sonst vielfach geschieht, nicht vor Schluß der Rüben- und Kartoffelernte davonliefen. Die Russen verlangten nun der Vereinbarung entgegen die Auszahlung des vollen Betrages und griffen M. und dessen hinzukommenden Sohn tätlich an. Der herbeigerufene Gendarm Büding versuchte vergeblich die Leute zu beruhigen. Auch er wurde angegriffen, niedergebissen, und es wurde dem Beamten wohl schlecht ergangen sein, wenn nicht die Bauern aus dem Dorfe, sowie deutsche Landarbeiter zu Hilfe gekommen wären. Nun entspann sich zwischen den Deutschen und Russen ein erbitterter Kampf, bei wel-

chem die Ausländer nur mit Mühe überwältigt werden konnten. Von den Russen wurden fünf schwer verletzt, 35 wurden verhaftet und, weil das Räuber-Gefängnis nicht zur Unterbringung dieser Leute ausreichte, nach Spandau überführt. Auch von den Deutschen waren mehrere zum Teil nicht unerheblich verletzt worden.

Die Cholera in Russland. Amtlich wird gemeldet: Ein in Petersburg seit Montag beobachteter verdächtiger Krankheitsfall hat sich als asiatische Cholera erwiesen. Außerdem sind zehn weitere verdächtige Erkrankungen vorgekommen.

Es war vorauszu sehen, daß der Fall in Petersburg nicht vereinzelt bleiben würde. Wie nunmehr gemeldet wird, sind in einer Konferenz der städtischen Hospitalärzte schon am Mittwoch 15 Cholerafälle festgestellt worden.

Neueste Nachrichten

W. — Wolff's Bureau, H. — Reich's Bureau, Z. — Privattelegramm.

Einrichtung von Militär-Luftballonstationen.

Berlin, 11. Sept. Es besteht die Absicht der Militärverwaltung, in Straßburg, Köln, Mainz und Griesheim b. Frankfurt a. M. Luftballon-Stationen zu errichten.

Auf der Schnitzeljagd verunglückt.

Berlin, 11. Sept. Bei einer vom Landwehreffizier-Korps veranstalteten Schnitzeljagd verunglückte Leutnant Voebing und Leutnant der Reserve Bresenrodt durch Zusammenprall ihrer Pferde. Leut. Voebing trug ein Gehirnerschütterung und mehrere Knochenbrüche davon, während der andere leicht verletzt wurde.

Ein junger Selbstmörder.

Hannover, 11. Sept. Der Untertactianer Anden von der hiesigen Realschule begab sich gestern früh in das leerstehende Lehrerszimmer, setzte sich an einen mit Guitlanden bekränzten Tisch, legte einige Sperlied-Solmes-Geschichten auf den Tisch und schoß sich eine Kugel in den Kopf. Er war sofort tot.

Die Cholera dringt vor.

Leipzig, 11. Sept. Die Cholera dringt westwärts in das Weichselgebiet vor.

Strassenbahn-Unglück.

Mühlhausen i. Elßaß, 11. Sept. Hier stieß ein Straßenbahnwagen der elektrischen Straßenbahn mit einer Dampfwalze zusammen. Beiden Insassen wurden verletzt, drei davon schwer. Einem Kinde wurde die Nase abgerissen. Der Führer rettete sich durch Abspringen.

Die fliegenden Brüder.

Washington, 11. Sept. Drville Wright unternahm gestern wieder einen Aufstieg. Der Aeroplan flog 65 Minuten 52 Sekunden, bei einer Windstärke von 12 Meilen in der Stunde.

De Mans, 11. Sept. Wilbur Wright, der Bruder des „Königs der Flieger“, unternahm gestern 2 Probeflüge, von denen der erste 9 Minuten 20 Sekunden und der zweite 21 Minuten 45 Sekunden dauerte.



Knorr's Grünkern-Mehl

Hochfeiner, aromatischer Grünkerngeschmack, appetitanregende Wirkung und bequeme Zubereitungsweise sind die besonderen Vorzüge von Knorr's Grünkernmehl.

Kochrezepte mit „Knorr“

Verantw. Redakteur: Fr. Meier in Kamen.

Wolff-Metternich-Brunnen
Hervorragendes Tafelwasser
Überall zu haben.
Nolchgräflich Wolff-Metternich'scher Brunnen-Verein, Vinsbeck i. W.
Vertreter für Kamen und Umgegend:
W. Rumpff, Kamen,
Kämerstrasse 23. 1068

Reese's
Sparpuddingpulver
ist das allerbeste, weil es ohne Zuckerzusatz nahrhaften und überaus wohlschmeckenden Pudding liefert und trotzdem nur 10 Pfg. kostet.
Reese's Backpulver
kostet nur 5 Pfg. u. ersetzt jedes 10 Pfg.-Backpulver.
Reese's Salizyl
à Paket 10 Pfg. schützt eingemachte Früchte vor'm Verderben. d7817
Reese Gesellschaft, Hameln.

Bekanntmachung.
Der Fluchtlinienplan für den Rechenweg zwischen Lünenerstraße und Schillstraße wird hiermit, da Einwendungen während der vierwöchigen Offenlegungsfrist nicht erhoben sind, gemäß § 8 des Gesetzes vom 2. Juli 1875 über Anlegung von Straßen usw. förmlich festgesetzt.
Der Plan liegt von Montag den 14. d. Sept. bis 14. Tage auf dem Stadtbauamt (Zimmer Nr. 17 des Rathhauses) vormittags während der Dienststunden zu Jedermanns Einsicht offen.
Kamen, den 11. September 1908.
Der Magistrat: v. Basse.

Zwangsversteigerung.
Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die in Heeren belegenen, im Grundbuche auf den Namen des Wirts August Piel zu Heeren eingetragenen Grundstücke Flur 30 Nr. 240/41 u. 248/40 (neue Katasterbezeichnung Flur 5 Nr. 89 und 90) Heeren, Hofraum m. a. Wohnhaus Nr. 68 a, Hausgarten u. Acker, Bauflingroterheide = 32,11 ar = 800 Mk. Gebäudesteuer-Nutzungswert und 0,99 Taler Reinertrag
am 27. November 1908, vorm. 9 Uhr,
durch das unterzeichnete Gericht — an der Gerichtsstelle — versteigert werden.
Kamen, den 8. September 1908.
1213t
Königliches Amtsgericht.

2. Mädchen
zum 1. November gesucht.
Von wem, zu erfahren in der Geschäftsstelle d. Btg. 11141
Naturbutter, Postkoll ca. 10 Pfg. zu 7,80 Mk. franco Nachnahme vers.
M. Friese, Ostfildern. 14665

Kartoffelverkauf
bei Kamen.
Dienstag, d. 15. d. M., nachm. 5 Uhr, will der Herr Landwirt C. Köster in der Kamener Südenselbmarkt ca. 2 Scheffel Landes gut geratener Kartoffeln (magnum bonum) auf dem Steinacker, dortselbst nahe bei seinem Hofe belegen, in 15 Ruten großen Abteilungen durch Unterzeichnete öffentlich meistbietend gegen bar und Kredit bis zur Ernte derselben verkaufen.
Kamen.
Reinhard, Gerdtz, 1208? Aukt.

Kartoffelverkauf
Heil.
Herr Friedrich Hadmann in Heil will am Dienstag, den 15. d. Sept., abends 6 Uhr, auf dem Hofe, in der Nähe des Wirts Löhbe, 3 Morgen gut geratene Kartoffeln (rote) nummerweise zum Verkaufe aussetzen.
Heil. 1191
Brüggemann.

Kartoffelverkauf
Oberaden.
Herr C. Welsmann in Oberaden läßt am Mittwoch d. 16. d. Sept., abends 6 Uhr, auf der Ostheide, beim Mühlenbruch, 6 Morgen gute, meistens rote Kartoffeln nummerweise zum meistbietenden Verkauf aussetzen.
Heil. 1190
Brüggemann.

Bollbückinge
3 Stk. 20 Pfg.
empfiehlt
Kaufhaus
für Lebensmittel
Johanna Glaesser
Bekstr. 49 Fernruf 114.

Kartoffelverkauf
Kamen.
Montag, d. 14. d. M., nachm. 5 1/2 Uhr, verkauft der Herr Landwirt C. Maß in Rottum ca. 1 Morgen gut geratener Kartoffeln (magnum bonum) am Rotturnerwege, nahe beim W. Pott'schen Einwohnerrhaufe daselbst liegend, in kleinen Nummern abgeteilt, durch Unterzeichnete öffentlich meistbietend gegen bar oder Kredit bis zur Ernte derselben.
Kamen.
Reinhard, Gerdtz, Aukt. 1207

Wohnung
nebst Ladenlokal
ist durch den Unterzeichneten sofort weiter zu vermieten. Evtl. wird die Wohnung auch ohne das Ladenlokal vermietet.
Kamen, d. 3. Sept. 1908.
Der Konkursverwalter: Plange, Rechtsanwalt.

Wilh. Didier
Delikatessen und Kolonialwaren.
Weststraße 18 — Fernruf 154
empfiehlt 1214
heute eingetroffen:
Frische Preisselbeeren (vorausichtlich letzte Sendung) ferner neue diesjährige

Marinaden
wie:
Bratheringe
Bismarckheringe
Heringe in Gelee
Russ. Sardinen
Rollmöpse etc.
Alles in bekannt feinsten Ware.

Kartoffel-Verkauf
Overberge.
Montag, d. 14. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, läßt der Pächter C. Trodelz zu Overberge 4 Morgen gut geratener Kartoffeln in kleinen Abteilungen meistbietend gegen Kredit bis zur Ernte verkaufen. 1205
Versammlung auf Bohnen-ochs Hofe.
Bergkamen, Septbr. 1908.
Büscher.

Größere Besizung
in der Umgegend von Kamen von zahlungsfähigem Käufer zu kaufen gesucht.
Näheres in der Geschäftsstelle d. Bl. 1181

Baranisse
sowie
sämtl. feines Tafellobst empfiehlt
Kaufhaus
für Lebensmittel
Johanna Glaesser
Weststraße 49 Fernruf 114

Vornehm
wirft ein zartes, reines Gesicht, rosiges, jugendfrisches Aussehen, weiße, sammetweiche Haut und blendend schöner Teint. Alles dies erzeugt die allein echte Steckenpferd-Lilienmilch-Seife
v. Bergmann & Co., Nadeben, a. St. 50 Pfg. bei: B. Felting u. Heinrich Jacobi. 135
Hochfeines, wenig gebrauchtes
Pianino
ist mit 20 jäh. Garantie sehr billig zu verkaufen. 1209
H. van Bremen, Dortmund, Heiligerweg 15.
Druck u. Verlaß von C. Man in Herde



Einrahmung
von Bildern u. Brautkränzen etc. in guter Ausführung zu billigen Preisen.
Großes Lager in 69 Bilder-Leisten und Rahmen, gerahmten u. ungerahmten Bildern.
C. Holtmann, Kamen
Bahnhofstr. 58.
Kaufhaus
für Lebensmittel
Johanna Glaesser
Weststraße 49. Fernruf 114.
empfiehlt
in den nächst. Tagen eintreffend:
Feste neue Marinaden
als
Rollmöpse mit Gurkeineinlage, Bismarckheringe, gefüllte Delikatessheringe in Tomatensauce, Bratheringe, russische Sardinen, holl. und portugiesische Sardellen, geräuchert. Lachs in Dosen, marinierte Heringe in feiner, pikanter Sauce.

F. W. Heineke, Kamen.

Spezialität: Bettfedern.

Ich empfehle meine bewährten Qualitäten:

Halbweisse Federn das Pfd. 145, 180, 220, 290 u. 350 Pf. || Weisse Federn . . . das Pfd. 375 und 450 Pf.

Anfertigung von Betten in kürzester Zeit. — Weitgehende Garantie.

11212

Verband von katholischen Vereinen der Pfarrei Kamen.

Sonntag, den 13. September:

1. Verbands-Fest

verbunden mit der

Jubiläums-Feier Papst Pius X.

im Lokale der Frau Wwe. Goertz.

PROGRAMM:

Morgens 10 Uhr: Levitenhochamt. — Nachmittags 3 Uhr: Festzug.
Von 4 Uhr ab: **Konzert, Gesangsvorträge und Festreden.**

Entree: Herren 50 Pfg., Damen 20 Pfg.

Die Musik wird ausgeführt von der „Bergkapelle Grimberg“, Bergkamen.

Zu dieser Feier ladet freundlichst ein

Der Festausschuss.

NB. Die verehrl. Bürger Kamens werden höfl. gebeten, zur Verschönerung des Festes durch Beflaggen der Häuser beizutragen. 11173



Artillerie-Verein KAMEN.

Am Sonntag abend 9
Uhr im Vereinslokale:

Versammlung.

Mitteilungen über die Sterbe-
kasse und Versicherungsanstalt
des deutschen Kriegerbundes.

Um die weitere Vervoll-
ständigung der Stammtafel vor-
nehmen zu können, ist zahlreiches
Erscheinen der Mitglieder un-
bedingt erforderlich.

1198i Der Vorstand.

Berein

selbständiger Kaufleute
zu KAMEN.

Am Samstag abend
9 Uhr im Hotel Biermann:

Versammlung.

Besprechung über eventl. Vor-
träge während des Winters.
Besprechung in Fortbildungs-
schul-Angelegenheiten.

1199i Der Vorstand.

Zurückgekehrt
S. R. Dr. Everke

Frauenarzt, Bochum.

Verschossene

Herrensachen, Joppen,
Paletots, Anzüge

werden wie neu 783

in allen Farben aufgefärbt.

Färberei

Galluschke

Waschanstalt.

Läden: Kamen, Weststrasse 88.
Unna, Massenerstrasse 12.

Am Kirmestage, Donnerstag,
den 17. September, findet bei mir

Ball

statt.

Budde-Methler.

Schulte-Oestrich & Hilgenstock Nachf.,

Inhaber: Peter Gross.

CAMEN, Nordenmauer 37

Baumaterialien-Handlung,

Steinhauerei,

Lager in:

Flur- u. Wandplatten, Ton- u. Zementröhren, Treppen-
stufen, Krippen, Spül- und Schleifsteinen,
Zement, Gips, Schwemmsteinen, feuerfesten Steinen etc.

..... Weiss- und Wasserkalk.

Ausführung von: Marmor-, Terrazzo-,

Zementbeton- u. Asphalt-Arbeiten jeder Art.

Spezialität: **Grab-Denkmalerei**

in Marmor, Syenit u. Sandstein. 15

Größte Auswahl in

Sohlleder-Ausschnitt

Schuhmacher Bedarfs-Artikel u. fertigen Schäften.

Ferner empfehle sämtliche Lederwaren, Sport- u. Radfahrer-
Gamaschen, Tornister, Markttaschen, Lederbeutel, Gummigürtel,
Hosenträger, Fensterleder u. Portemonnaies, Bürstenwaren etc.

Karl Diening, Kamen Weststr. 78, gegen-
über d. Schützenhof.

Tapeten-Reste

in grösster Auswahl
bis zur Hälfte des
seitherigen Preises.

Löwen-Drogerie

Carl Müller jun.

Sämtl. Kolonialwaren vorrätig bei
A. Drombach.

Modernes Waschmittel

garantiert
unschädlich
kein Chlor
kein reiben

Persil

vollständig
ungefährlich
kein Waschbrett
kein bürsten

Für jede Waschmethode passend
alleinige Fabrikanten auch der weltbekannten

Henkel's Bleich-Soda

Henkel & Co. Düsseldorf

Dauerhafte und sauber gearbeitete

Särge

sowie sämtl. Leichenwäsche u. Kränze
hält stets auf Lager

W. Hillmann, Westentor.

Fr. Matthia

KAMEN.

Weststr. 10.

Buch- und

Papierhandlung,

Bureau-Artikel,

Galanterie und

Lederwaren.

Buchbinderel.

Spezialität:

Bilder-Einrahmungen

unter Garantie für

absol. Staubfreiheit.

Größte Auswahl:

Bilder, Silberleisten

u. Rahmen jeder Art.

Prompte Bedienung.

Billigste Preise.

Gras-Verkauf

Haus Velmede, Westickerham.

Montag, den 14. ds. Mts.,
nachmittags 4 Uhr,

soll das Gras in Schemwiese, Wortwiese und im
Obstgarten zum Verkauf kommen. Versammlung an
Schemwiese.

Dienstag den 15. ds. Mts.,
nachmittags 4 Uhr,

soll das Gras im Westickerham, um 6 Uhr in
der Mühlgengewiese in der Nähe des Wirts Menge
belegen, nummerweise meistbietend verkauft werden.

Versammlung und Anfang an Westickerhamerbrücke.

Löddinghausen, den 8. Sept. 1908.

1193 Blödom.

Am Dienstag, den 15. ds. Mts.

mittags 12 Uhr,

werden die bisher von Schulze-Böing gepachteten

Ackerstücke

im Derne'schen Felde ganz oder geteilt öffentlich meist-

bietend im Gasthof von Bergheim in Kamen verpachtet.

Standesh. Rentei Cappenberg.

300 Ruten

gutes Gartenland

auf dem Wassertamp an einer gut ausgebauten Straße be-

legen, sind sofort zu verpachten.

Kamen

F. Heimeier,

Kämerstr. 25.

1210

Kisten

jeder Art, größte bis kleinste Sorten, fertig und in

Teilen, Massenartikel, Flaschenkasten, Trockenrahmen,

Holzwohle etc. empfiehlt allerbilligst **C. J. Becker,**

Röhr-Nippes, Dampfzäge u. Kistenfabrik. 11430



L. Kosanetzky,
Kamen, Markt.

Stets das Neueste in Hüten,
Mützen u. Schirmen etc.

Reparaturen an Schirmen billig.

Spazierstöcke

Tornister (echt Leder)

Hosenträger

Turner- u. Rad-

fahrer-Gürtel

Portemonnaies

Zigarren-Etui's

Kämme

Kleider- und

Kopfbürsten

Taschenpiegel

Taschenmesser

Schlipse

Kragen-schoner

Leinen- und

Papierwäsche

Glace- und

Winter-Handschuhe

für Herren. 70

Anfertigung von

Vereinsmützen jed. Art.

Wieder eingetroffen:

Feinster Kaffee

Rippenspeer.

Feinster Schinkenspeck.

Kaufhaus

für Lebensmittel

Johanna Glaesser

Weststr. 49. Fernruf 14

Kirchliche Nachrichten.

Größere ev. Gemeinde.

Sonntag den 13. Septbr. a.

Morg. 8 Uhr: Früh-Gottesdienst.

Pastor Tummes.

Morgens 10 Uhr: Hauptgottesdienst.

Pastor Pat., Brate b. Viefelsd.

Probepredigt und Katechese.

Evangelisch-lutherische Kirche.

Sonntag den 13. Septbr.

Morg. 10 Uhr: Gottesdienst.

Pastor Gmab.

Kindergottesdienst fällt aus.

Ev. Gottesdienst in Nünthe

am Sonntag den 13. Sept.

vormittags 9 Uhr.

ev. Gottesdienst in Werne

vormittags 10 1/2 Uhr.

Pfarrer Goplch.

Kamener Zeitung

Erscheint an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühr für die Zeile oder deren Raum 10 Pfennig, die Reklamezeile oder deren Raum 35 Pfennig. 100000

Volksfreund für Kamen und Umgegend

Expedition von J. Brombach in Kamen

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage für's Heim monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig. 100000

Unterhaltungsbeilage „Für's Heim“

dreimal wöchentlich

Freiwillige Unfall-Unterstützung.

Nr. 110.

Sonnabend den 12. September 1908.

36. Jahrgang.

Zweites Blatt.

Zur Reichs-Finanzreform.

Neben die Pläne des Schatzsekretärs Sydow gelangen jetzt endlich einige zuverlässige Nachrichten in die Öffentlichkeit. Die „Nordb. Allg. Ztg.“ veröffentlicht an der Spitze des Blattes ein Plaidoyer zu Gunsten der Reichsfinanzreform, aus dem man wenigstens einigermaßen erkennen kann, was projektiert wird.

Der Reformplan gliedert sich in zwei Teile. Ueber den Inhalt des ersten Teiles, „die große und umfassende Reorganisation der gesamten Finanzgebarung“, erfährt man nun, daß die Einleitung einer stetigen Schuldenentlastung, sowie Vorkahrungen gegen weitere Vermehrung der Schulden für unproduktive Anlagen im Vordergrund stehen sollen.

„Beides ist aber“, so heißt es in dem offiziellen Artikel, „nur möglich, wenn es gelingt, zu einer dauernden Herstellung des Gleichgewichtes zwischen Bedarf und Deckung zu gelangen. ... Nehmen Ausgaben und Einnahmen im Laufe des nächsten Jahres die gleiche Entwicklung wie in dem vergangenen, so müßte alljährlich mit einem Fehlbetrag von mehreren hundert Millionen gerechnet werden. Einer Weiterentwicklung in dieser Richtung muß unverzüglich Einhalt geboten werden. Es bedarf einer systematischen Beschränkung der Ausgaben auf das unbedingt Notwendige, sowie einer planmäßigen Erhöhung der Einnahmen.“

Nach den weiteren Ausführungen soll der Versuch gemacht werden auf eine längere Reihe von Jahren, zum mindesten ein Jahrzehnt, die Grundzüge eines Finanzplanes festzulegen. Auf der Ausgabe-Seite soll mehr wie bisher zur allseitigen Sparhaftigkeit zurückgekehrt werden, namentlich bei der Ausführung von Bauten und bei dem ständig wachsenden kostspieligen Beamtenapparat. Bei der Vergütung von Beamten sollen an Stelle des bürokratischen Schwergewichts die Erwägungen des sorgfältigen Kaufmannes treten.

Was nun

das Steuerbuckett

betrifft, so wird darauf vorbereitet, daß man beabsichtigt, den Massenkonsum gewisser Genussmittel mit starken Abgaben heranzuziehen, also derart, daß nicht die Industrien, sondern die Verbraucher getroffen werden.

„Dabei wird entsprechend den Ergebnissen der modernen Finanzwirtschaft die Besteuerung in Formen durchzuführen sein, die die Konsumsteuer des Charakters einer Sondergewerbesteuer entkleiden; sodann sind die Anforderungen ausgleicher sozialer Gerechtigkeit keinen Augenblick aus dem Auge zu verlieren, sondern bei der Ausgestaltung der einzelnen Gebühre durch geringere Belastung des Konsums der Minderbemittelten, durch höhere Besteuerung des kostspieligen Luxuskonsums zur Geltung zu bringen.“

Daneben soll auch der Besitz in entsprechendem Umfang zur Deckung des Mehrbedarfes herangezogen werden, doch will man nicht zu einer direkten Reichseinkommen- und Vermögensbesteuerung schreiten, vielmehr äußert sich die „Nordb. Allg. Ztg.“ folgendermaßen:

„Die historische Entwicklung hat, wie in anderen Bundesstaaten, so auch in Deutschland, eine Scheidung zwischen den Steuerarten des Reiches, der Einzelstaaten und Kommunen herbeigeführt, die in Friedenszeiten nicht willkürlich erschüttert werden darf. Da der Bedarf der Einzelstaaten und Gemeinden gleichfalls in beständigem Steigen begriffen ist, verbietet sich, die direkte Einkommen- und Vermögensbesteuerung ihren bisherigen Nutznießern zu entziehen. Ihre finanzielle Selbständigkeit würde sonst den schwersten Gefahren ausgesetzt und damit die finanzielle Gesamtlage Deutschlands nicht verbessert, sondern nur verschoben werden. Ueber die Höhe der Belastung durch Einkommen- und Vermögenssteuern sind umfangreiche Erhebungen vorgenommen worden. Das gesammelte Material, dessen Veröffentlichung die statistischen Stellen vorbereiten, wird unübersehbar dargetun, daß bei Berücksichtigung von kommunalen und ortslichen Abgaben bereits jetzt in zahlreichen Gemeinden die direkten Steuern eine Höhe erreicht haben, die eine weitere Belastung durch Einkommen- und Vermögenssteuern für Zwecke des Reiches unmöglich macht. Aus denselben Gründen, die gegen eine allgemeine Reichseinkommensteuer sprechen,

verbietet sich auch die Veranziehung des Einkommens oder Vermögens in besonderen Erscheinungsformen.“

Demnach wird beabsichtigt, die direkte Besteuerung in der Form eines Ausbaues der Erbschaftsteuer und einer Erhöhung der Matrikularbeiträge vorzunehmen. Die Gas- und Elektrizitätssteuer wird nicht ausdrücklich genannt; doch wird wohl in dem nachstehenden auf ihr Kommen vorbereitet:

„Schließlich gibt es einzelne charakteristische Erscheinungen des modernen Aufwandes, die eine Steuerbelastung vertragen können, ohne daß damit nach dem Urteil der berufensten Sachkenner eine Gefahr für Handel und Wandel verbunden ist. Das gilt natürlich nicht von Umsatz- oder eigentlichen Verkehrssteuern, die im gegenwärtigen Zeitpunkt den glatten Lauf der volkswirtschaftlichen Maschine hemmen und beeinträchtigen würden.“

Zum Schluß bringt der offiziöse Artikel noch folgende Ankündigung:

„Die Reichsfinanzreform würde unzulänglich bleiben, wenn nicht neben die materielle auch eine formelle Neuregelung träte. Es ist vor allem eine Stärkung des Betriebsfonds des Reiches durch Beseitigung der Vorbehaltswirtschaft erforderlich. Sodann erscheint es geboten, unter Wahrung des budgetären Bewilligungsrechts der Volksvertretung die Beziehungen des Reiches zu den Einzelstaaten von dem System der alljährlich schwankenden ungedeckten Matrikularbeiträge loszulösen und auf eine feste Grundlage zu stellen. Die Einführung eines beweglichen, jeweilig für eine Reihe von Jahren neu festzustellenden Faktors unter die Einnahmen wird hierzu anzustreben sein.“

Deutschland und Mulay Hafid.

Die Frage der Anerkennung Mulay Hafids durch die Mächte ist zwar von der deutschen Regierung angeregt worden, daß sie aber auf dieser Seite nicht gerade tragisch genommen wird, zumal das Ziel ihrer Aktion wohl schon als gesichert gelten kann, beweist eine offiziöse Berliner Zuschrift der Süddeutschen Reichskorrespondenz, die folgenden Wortlaut hat:

Mulay Hafid hat schon früher erklärt, er nehme die Akte von Algier an, und wird diese Erklärung jetzt wiederholen. Politisch kann sie, zur Abschneidung von Einwänden gegen die Anerkennung, nur nützlich sein. Notwendig ist sie eigentlich nicht. Denn die Sache steht staatsrechtlich so: nicht weil Hafid die Akte annimmt, kann er anerkannt werden, sondern umgekehrt, erst indem die Mächte ihn anerkennen, legen sie ihm die Verpflichtungen aus der Akte auf. Der anerkannte Sultan hat diese Pflichten ipso iure; er kann sich ihnen nicht entziehen. Von einem nicht anerkannten Sultan haben die Mächte streng genommen kein Recht zu verlangen, er müsse die Akte beobachten. Deshalb soll man sich beeilen. Die Anerkennung Hafids ist keine Herkulesarbeit und kein Problem, über dessen Lösung man politisch tiefgründig zu werden braucht, immer vorausgesetzt, daß keine Macht eine andere Politik treiben will als die durch die Akte vorgezeichnete. Auch die vielbesprochenen Bedingungen der Anerkennung sollten kein Hemmschuh sein. Rechtlich kann dem neuen Sultan keine Bedingung auferlegt werden, deren Erfüllung mit Vorschriften der Akte unvereinbar wäre.

Deutschland ist an sich unter den Signatarmächten von Algier nur eine Macht, wie die übrigen. Während aber andere Mächte sich aus verschiedenen Gründen für die Entwicklung der Verhältnisse in Marokko mehr oder weniger interessieren, bleibt Deutschland diejenige Macht, die, nächst Frankreich und Spanien, ihren marokkanischen Rechten und Interessen besondere Aufmerksamkeit zuwendet und sich gerade dann meldet, wenn man sie fein leise ausgeschaltet zu haben glaubt.

Der König von Spanien empfing Dienstag den deutschen Botschafter von Radomitz. Später empfing er den Vertreter Russlands. Diese Audienzen hängen offenbar mit der Abfassung der französisch-spanischen Note zusammen. Ueber diese wird berichtet:

Der Minister des Auswärtigen Richon und der spanische Botschafter setzten den Wortlaut der französisch-spanischen Note fest, die gleich danach nach San Sebastian geschickt worden sein soll, um dort der spanischen Regierung zur Genehmigung vorgelegt zu werden. Die Note wird zweifellos in diesen Tagen den fremden Regierungen zugestellt werden. Petit Parisien sagt, es sei zweifelhaft, ob die Anerkennung Mulay Hafids vor Mitte Oktober tatsächlich erfolgt sein könne, da man mit den weiten Entfernungen und der Schwierigkeit der Verbindungen rechnen müsse.

Aus aller Welt.

— Wegen Zwilampfs mit tödlichen Waffen wurde vom Marine-Kriegsgericht in Kiel der Marineassistentarzt Dr. Pfeiffer zu drei Monaten und der Sekretariatsassistent Bubbe, der den Assistentenarzt gefordert hatte, zu drei Monaten und einer Woche Festungshaft verurteilt.

— Das Berliner Landgericht II verurteilte Mittwoch über die Schießaffäre in dem Köpenicker Forst bei den Mägdelbergen, wobei der Eisenbahnarbeiter Vorbeck nach vorheriger Belästigung des rastenden Ehepaares Desca von dem Ehemann erschossen wurde. Die Beweisaufnahme ergab, daß der Angeklagte Desca in Notwehr gehandelt hat. Das Gericht erkannte auf Freisprechung.

— Verbrechen. In der Nähe der Ortschaft Brunsdorf, an der Rixdorf-Mittenwalder Kleinbahn gelegen, fand man einen dort stationierten Forstausseher mit Schußwunden im Kopf tot auf. Die Staatsanwaltschaft gelangte auf Grund des Befundes zu der Überzeugung, daß der Forstausseher einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist.

— Auf dem Gute des Fürsten Lubomirski in Madonice bei Lantuch wurde ein Bauer, der Vieh irrtümlich auf die herrschaftlichen Acker trieb, von dem Gutsaufsichtser erschossen. Nachts umzingelten die Bauern den Gutshof, wo ein Entseß abgehalten wurde, zertrümmerten die Fenster und rissen die Türen aus den Angeln. Die Teilnehmer des Entseßes gaben Schüsse ab. Die Bauern zogen erst am Morgen ab.

Ein tragisches Automobilunglück

wird aus Genua berichtet. Der Ingenieur Galori, der in dem Dörfchen Albenga zur Sommerfrische weilte, war auf dem Wege zu seiner Villa, als sein einziges Kind, ein sechsjähriger Knabe, ihm freudig entgegenlief. In demselben Augenblick brauchte ein Automobil, in dem außer dem Chauffeur die beiden Töchter des Marquis Revedin saßen, mit rasender Schnelligkeit um die Straßenecke. Der Vater sah den Wagen nahen, und verzweifelt schrie er dem Kinde eine Warnung entgegen. Es war zu spät. Der Wagen brauste über das Kind hinweg, das tot im Stra-

ßenstaube liegen blieb. Den unglücklichen Vater übermannte verzweiflungsvolle Wut. Er reißt einen Revolver aus der Tasche und feuert blindlings auf das davonlaufende Automobil. Der erste Schuß geht fehl, der zweite aber durchbohrt den Oberkörper der jüngeren Schwester, die tödlich verwundet wird, und bringt dann in den Kopf des Chauffeurs, der sofort leblos zur Erde sinkt. Seines Führers beraubt faßt das Automobil weiter. Die ältere der beiden Schwestern, entsetzt und lahmgelegt, macht nicht einmal den Versuch, die Katastrophe aufzuhalten. Einige dreihundert Meter weiter und das Automobil rast mitten hinein in die Felsen der Meeresküste und zerschmettert in Stücke. Schwer verletzt und furchtbar verstümmelt lag das verunglückte Mädchen aus den Felsen; es ist kaum Hoffnung, sie am Leben zu erhalten. Der Ingenieur wurde sofort verhaftet; man fand ihn immer noch über die Leiche seines einzigen Kindes liegend, die er nicht aus den Armen lassen wollte.

— Ein Raubmord ist in Unseburg von einem Babiergehilfen verübt worden. Als dieser am Sonntag zu dem allein in seinem Hause wohnenden Invaliden Danthardt, kam, forderte er dessen Barschaft und gab, da er das Geld nicht sofort erhielt, vier Revolverkugeln auf den alten Mann ab, von denen zwei trafen. Dann nahm er das vorhandene Geld, 140 Mk., schloß das Haus ab und begab sich zum Landwehrest. Ein Verwandter des Invaliden entdeckte das Verbrechen noch am Abend, erfuhr von dem Sterbenden den Namen des Mörders und konnte dessen Verhaftung veranlassen.

— Im tiefsten Elend aus dem Leben geschieden ist die in Neapel geborene Sängerin Fiora, die früher in Deutschland, Rußland und Belgien Triumphe gefeiert hat. Die Künstlerin hat in Verviers, wo sie alt und verlassen, in äußerster Dürftigkeit lebte, einen schrecklichen Selbstmord begangen, indem sie ihre Kleider mit Petroleum begoß und anzündete.

— Vandalen beschädigten zu Höchst a. M. in der Nacht zum Montag das dortige Bismarck-Denkmal, indem sie die Sporen und das Portepée der Figur abschlugen. Die Täter wurden alsbald verhaftet. Es sind ein als Anarchist bekannter Mann namens Hochheim aus Mannheim und ein gewisser Reß aus Mainz.

Um 24 Millionen betrogen!

Die Millionenunterschlagungen des Exministers Alberti, die sich nach vorläufiger Schätzung auf 24 Millionen belaufen, rufen immer größere Erregung hervor. Man reißt sich um die Verantwortung. Ministerpräsident Christensen hat dem König die Demission des Ministeriums angeboten und den jetzigen Finanzminister Reer-Gaard als die zur Bildung eines neuen Ministeriums geeignete Persönlichkeit bezeichnet. — Alberti entschloß sich zum schwersten Schritt seines Lebens, zum Gang zur Polizei, als er, zur Rückgabe der seiner Sparkasse vom Finanzministerium im Juli geliehenen anderthalb Millionen in diesen Tagen verpflichtet, keinen anderen Ausweg mehr sah. Trotzdem hatte sein Auftreten ganz das gewohnte Gepräge vornehmer Ruhe, als er jetzt nach dem Chef der Kriminalpolizei fragte und dann bei dessen Abwesenheit den Souschef um eine Unterredung und um sofortige Aufnahme eines Rapportes ersuchte, in dem er seine bis zum Jahre 1894 zurückreichenden Veruntreuungen eingestand. Er hat die Wertpapiere der von ihm geleiteten Seeländischen Bauernlands-Sparkasse und des Butterexportvereins verkauft und zu schlagelagerten Spekulationen in überseeischen Papieren, hauptsächlich Goldminen, auf neun Millionen Kronen lautenden Depositscheine, ausgeübt, von der Privatbank in Kopenhagen und versehen mit den Namen ihrer beiden Direktoren. „Dieses Papier ist falsch“, sagte er dabei, „ich habe es selbst mit den Namen der beiden Bankdirektoren versehen.“ Vor den Polizeioberleutnant geführt, verlor er seine Haltung und sank mehr und mehr zusammen. Nach vorgenommener Leibesvisitation erfolgte seine Ueberführung in die Arrestkammer. Alberti überreichte dem Sous-

in eine Zelle, vor dem eine besondere, sich regelmäßig abführende Wache postiert wurde. Er empfing hier nachmittags den Besuch seiner Gattin, die auch seinen übrigen Angehörigen von seiner Lage und seiner Absicht, sich der Polizei zu stellen, keine Ahnung hatte. Alberti, 1851 geboren als Sohn eines Oberrechtsprofessors und Abgeordneten, später selbst Rechtsanwalt beim höchsten Gericht und 1892 Mitglied des Reichstages, war von seiner ersten Frau geschieden, seine zweite Gattin war vorher zweimal verheiratet. Die allgemeine Sympathie gilt ihm als Schwager, einer ausgezeichneten, auf dem Gebiete der Frauenbewegung rühmlichst tätigen Dame.

An dem Fallissement der Seeländischen Bauernlandsbank sind zirka 1500 Mitglieder mit 2 bis 3 Millionen beteiligt. An Albertis zweitem Hauptunternehmen, dem Butterexportverein, der ebenfalls seinen Betrieb eingestellt hat, sind etwa 15 000 Seeländische Bauern und 52 Meiereien beteiligt. Der Fall Alberti, für den sich schwer ein Seitenstück beibringen ließe, ist von vernichtender moralischer Wirkung. Die Betrügereien dieses Mannes, der sieben Jahre hindurch höchster Hüter der Gerechtigkeit des Landes, der der Abgott der Seeländischen Bauern war, werden als ein großes nationales Unglück, als eine nationale Schmach und als ein Schlag betrachtet, der das ganze dänische Volk, insbesondere aber die dänische Demokratie trifft. Vor kurzem erst wurde Alberti zu der großen nordischen Telegraphengesellschaft durch die gegenwärtige Regierung berufen und durch diese bei seiner Demission als Justizminister mit dem höchsten Titel des Landes ausgezeichnet. Außer seinen Betrügereien von neun Millionen hat Alberti Schulden in Höhe von etwa 15 Millionen gemacht. Zur Verwirklichung seiner Fluchtpläne ins Ausland ließ er den geeigneten Zeitpunkt verstreichen.

Deutscher Juristen-Tag.

Im großen Saale des Karlsruher Museums trat Donnerstag der Deutsche Juristentag zu seiner 29. Tagung zusammen. Ueber 300 Teilnehmer sind versammelt. Um 9 Uhr eröffnete Senatspräsident Dr. v. Stöcker (Karlsruhe) den Juristentag namens der hiesigen Deputation. Durch Ruf wurde Geh. Rat Dr. Brunner zum Präsidenten gewählt und nahm diese Würde, die er bereits dreimal bekleidet habe, mit Dank an.

Nach den üblichen Begrüßungsansprachen trat man in die Tagesordnung ein. Die ganze Sitzung wurde durch Vorträge über die Rechtsentwicklung in Deutschland und Deutschland in den beiden letzten Jahren ausgefüllt. Um 11 Uhr traten die Abteilungen zu Sonderberathungen zusammen.

Besondere Interesse beanspruchten die Verhandlungen der ersten Abteilung, die zum Vorsitzenden den Geh. Rat Dr. Gierke (Berlin) wählte. Sie befaßte sich mit dem Thema: „Empfiehlt sich

die gesetzliche Regelung des gewerblichen Arbeitsvertrages

(insbesondere des Tarifvertrages) zwischen Arbeitgebern oder Arbeitgeberverbänden einerseits und Arbeiterverbänden andererseits? Nicht weniger als vier umfangreiche Gutachten hat sich der Juristentag über diese wichtige Frage erstatten lassen. Sehr interessant sind die Ausführungen des ersten Vorsitzenden des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts zu Berlin, Magistratsrat v. Schulz. Er gibt einen Überblick über die Ausbreitung, die die Tarifverträge in Deutschland zurzeit gewonnen haben. Ueber 8000 Tarifverträge sind jetzt in Deutschland in Kraft, vor allem für die Buchdrucker, die Holzindustrie und das Baugewerbe. Aber auch über die Kreise der gewerblichen Arbeiter hinaus greift der Tarifvertrag. Die Verträge schließen mit den großen Schiffbau- und Versicherungsgesellschaften, die Kassenbeamten und Genossenschaftsangehörigen mit ihren Arbeitgebern, Tarifkonventionen ab. Die Tarifverträge enthalten allgemeine Normen über den Inhalt der künftigen Arbeitsverträge; sie sollen der Ruhe und dem Frieden im Gewerbe dienen und verheerenden Kämpfen Einhalt gebieten. Durch den Tarifvertrag erhalten die Arbeiter eine Garantie für dauernden festen Lohn und die Unternehmer für längere Zeit Frieden im Betriebe. Die Tarifverträge sind Verträge eigener Art, die in keine der Vertragsarten des B. G. B. passen. Ihr Inhalt besteht in der Regelung der Lohnhöhe und der Arbeitszeit, der Arbeitsvermittlung, der Lohnart, der Festsetzung der Akkorde, der Beschaffenheit der Arbeitsräume, der Kündigungsfrist, der Entlassungsgründe usw. Die Tarifverträge regeln Streiks, Sperren, Boykotts, schaffen Schlichtungskommissionen, Tarifämter und Schiedsgerichte. Der Abschluß von Tarifverträgen erfolgt meist und am besten durch Zentralverbände; ihre Ausbreitung wäre viel leichter, wenn alle Arbeitgeber und Arbeitnehmer organisiert wären. Wo das Streikrecht aus öffentlichem Interesse verweigert werden muß, sollen die Einigungsämter obligatorisch sein. Sonst aber soll kein Zwang geschaffen werden, Tarifverträge nach einem Schiedsspruch abzuschließen. Man soll nicht Frieden mit Gewalt stiften wollen. Nur in der Schwerindustrie, wo die übermächtigen Unternehmer jeden Tarifvertrag ablehnen, käme seine zwingende Einführung in Frage. Der Tarifvertrag soll nicht nur moralisch wirksam sein, sondern auch rechtlich binden. Gerade die Rechtswirksamkeit des Tarifvertrages ist aber nach Umfang und Kraft noch ganz strittig. Hier muß die Gesetzgebung Klarheit schaffen. Insbesondere muß festgelegt werden, daß der Tarifvertrag durch Separatverträge nicht abgeändert werden kann; sonst bieten sich bei schlechtem Geschäftsgang die Arbeiter selbst zu billigeren Preisen an. Vor allem aber ist die Gewerbeordnung zu reformieren. Es ist widersinnig, daß aus den Koalitionsverbänden kein klagbares Recht entstehen soll, während die Vereinigungen der Unternehmer die Warenpreise hochhalten, auf Innehaltung klagen können. Durch den Tarifvertrag werden die Verbände verpflichtet, die ihn abzuschließen. Unmöglich können aber die Verbände für den Vertragsbruch jedes einzelnen Mitgliedes mit ihrem ganzen Vermögen haften. Eine sachgemäße Beschränkung der Haftung wird ihren Interessen und denen der Arbeitgeber gerecht werden. Wie sehr auch trotz der Mangelhaftigkeit der rechtlichen Ordnung die Tarifverträge von den Arbeitern geschätzt werden, ist bekannt. Daß sie auch bei den Unternehmern immer mehr Anhang finden, beweist die Tatsache, daß die Berliner Holzindustrie im letzten Jahre eine große Ausbesserung unter der Parole vornahm: Ohne Tarifvertrag keine Arbeit mehr! Der Tarifvertrag ist die Grundlage jeden gesunden wirtschaftlichen Lebens.“

Colstois so. Geburtstag.

Die Feier des achtzigsten Geburtstages des Dichters „Apostels“ von Jasnaia Poljana gewann trotz aller Gegenmaßregeln des Synods und der Behörden eine imposante Stärke und Ausdehnung. In der gesamten Residenz erschienen, mit Ausnahme der Mütter des Verbandes christlicher Leute seitenslange Artikel, in denen Tolstoj als Schriftsteller, Künstler, Philosoph und Mensch gefeiert wird. Trotz des Verbotes des Heiligen Synods, das den orthodoxen Rufen eine Feier unterlagte, gehen viele tausend Gratulationstelegramme nach Jasnaia Poljana, die dort zahllose Telegramme von allen Ecken der Welt treffen. Die Schaulustigen der Buchhandlungen und anderer Geschäfte sind vielfach mit Bildnissen und Büchern Tolstois gesäumt; Flaggenschmuck wurde jedoch nirgends gestattet. — Soeben ist eine Drahtnachricht über das Befinden Tolstois angekommen. Danach macht die Genesung gute Fortschritte. Gestern konnte sich Tolstoj bereits etwas im Zimmer bewegen. Er speiste mit seiner Familie zusammen. Massenhaft trafen Briefe und Geschenke ein. Viele russische Verehrer aus Literatenkreisen sind in Jasnaia Poljana angekommen. Ebenso sind Delegierte des Londoner Komitees mit einer Adresse eingetroffen, die mit 800

der hervorragendsten Namen Englands unterzeichnet ist. — Mittwoch fand im Petersburger Kleinen Theater eine Festvorstellung statt. Es wurden Szenen aus der „Macht der Finsternis“, aus „Auferstehung“ und darauf lebende Bilder vorgeführt. Die Vorstellung verlief etwas farblos, denn die Genie hatte die Apotheose, ebenso jedes lebende Bild, in dem Tolstoisfiguren vorlagen, gestrichen. Im Theater soll eine große Anzahl von Polizeimännern postiert gewesen sein. Professor Repin hat ein neues Bildnis Tolstois gemalt, das äußerst gelungen ist und den Jubilar am Klavier mit seiner Tochter darstellt.

Angesichts dieser Rundgebungen sieht sich die russische Telegraphenagentur veranlaßt, die Meldung eines auswärtigen Blattes, Ministerpräsident Stolypin habe an die Gouverneure eine Zirkulardepesche geschickt mit der ausdrücklichen Weisung, die Tolstoisfiguren zu gestatten, entgegenzutreten. Sie erklärt, daß es keiner besonderen Anordnung bedürftig habe, Tolstoisfiguren zu gestatten, da kein Grund zu der Vermutung vorgelegen habe, daß die Gouverneure einer Ehrung Tolstois als Dichter irgendwelche Hindernisse entgegenzusetzen könnten. Dagegen sei Anordnung getroffen worden, aus Anlaß des 80. Geburtstages des Dichters weber politische Rundgebungen noch eine Ehrung Tolstois als Träger religiöser und sozialistischer Ideen zuzulassen.

Deutschland.

— **Die Kaiserin** endeten Donnerstag mit dem Rückzug der roten Partei auf Völschen. Die Kritik dauerte bis 2 3/4 Uhr. Seine Majestät der Kaiser und Erzherzog Franz Ferdinand trafen um 3 1/2 Uhr auf Schloß Urville ein. Der Erzherzog begab sich nach gemeinsamer Mahlzeit und nach herzlicher Verabschiedung vom Kaiser mit Gefolge und dem Ehrenkutsch im Automobil nach Meß, von wo er mit der Bahn nach Salzburg fährt.

— **Von einem Nachspiel** der Döberitzer Kaiserrede hatte die „Reinisch-Westfälische Ztg.“ gemeldet, indem sie mitteilte, daß zwei Offiziere des Gardekorps angeblich verabschiedet worden seien, weil sie in bezug auf die Döberitzer Kaiserrede nicht pflichtmäßige Verschwiegenheit bewahrt hätten. Dazu kann jedoch die „Tägl. Rundschau“ aus zuverlässiger Quelle mitteilen, daß weder eine Bestrafung erfolgt, noch überhaupt eine Untersuchung eingeleitet worden ist.

— **Der Präsident** der bayerischen Abgeordnetenversammlung, der Zentralpräsident Dr. v. Drexler, ist, wie der „Berl. Lokalanzeiger“ aus München berichtet, seiner Einberufung in das Kultusministerium entgegen. In diesem soll eine neue Abteilung der humanistischen und realistischen Mittelschulen errichtet werden, als deren Referent Dr. v. Drexler in Aussicht genommen ist; zugleich würde er dann zum Stellvertreter des Kultusministers als Vorsitzender des obersten Schulrates ernannt werden. Bisher galt der juristische Referent für das Mittelschulwesen im Kultusministerium, Ministerialrat Baus, als Kandidat für die Stelle eines neuen Ministerialdirektors. Es soll aber jetzt ein Fachmann dafür gewonnen werden, und die Verhandlungen mit Herrn v. Drexler sind dem Abschluß nahe.

— **(Apothekertag.)** Aus den weiteren Verhandlungen der in Darmstadt abgehaltenen Hauptversammlung des Deutschen Apothekervereins ist noch eine bemerkenswerte Erklärung des Medizinalrats Dr. Vogt nachzutragen. Gelegentlich einer Anfrage bemerkte Dr. Vogt, daß es sich nicht empfehle, bei jeder Gelegenheit die Frage eines Reichsapothekengesetzes wieder aufzuheben. Die Vorarbeiten im Reichsamt des Innern gingen, soweit die Kenntnis des Vorstandes des Apothekervereins reiche, so schleppend vorwärts, daß an eine Verabschiedung der Reform in diesem Jahre nicht mehr zu denken sei. Ja, es bestehe die Möglichkeit, daß bei dem Widerstreit der Interessen der Apotheker, Ärzte und Handelskreise das Reichsamt des Innern die ganze Reform fallen lassen würde.

Die zweite Sitzung der Hauptversammlung des Vereins zur Wahrung der wirtschaftlichen Verhältnisse deutscher Apotheker beschäftigte sich u. a. mit dem Apothekengesetzesentwurf und ein eventuell einzuleitendes Entschuldigungsverfahren der Apotheken. Folgende Resolution gelangte fast einstimmig zur Annahme: „Die Hauptversammlung bezieht die Einleitung eines Entschuldigungsverfahrens auf genossenschaftlicher Grundlage als wesentlichen Punkt der Apothekenreform. Dieses Entschuldigungsverfahren darf dem Stande keine größeren Lasten auferlegen, als er jetzt bereits zu tragen hat, und soll zur Verhütung künftiger Uebelstände eine gewisse Beschränkung des Preises bei der Veräußerlichkeit der Apotheken zur Voraussetzung haben.“

— **(Christlicher Metallarbeiterverband.)**

Die V. Generalversammlung des Christlichen Metallarbeiterverbandes nahm im weiteren Verlaufe ihrer Sitzungen in der, im Frühjahr d. J. auch wiederholt im Reichstage erörterten Frage der Werkklassen eine Resolution an, in der diese Klassen, soweit sie den Verlust der erworbenen Rechte und geleisteten Beiträge bei Verlassen der Arbeitsstelle zur Folge haben, als eine schwere pekuniäre Schädigung, sowie Beeinträchtigung der Bewegungsfreiheit der Arbeiter bezeichnet werden. Die Generalversammlung erhebt daher die Forderung, daß die Werkklassen dem Aufsichtsamte für Privatversicherung mit der Maßgabe unterstellt werden, daß der Einfluß der Klassenmitglieder auf die Verwaltung der Klassen mit Berücksichtigung der Beitragsleistung vergrößert wird, und daß den Arbeitern die Möglichkeit gegeben wird, bei Lösung des Arbeitsverhältnisses sich die erworbenen Rechte zu erhalten oder die gezahlten Beiträge sich zurückzahlen lassen zu können. — In der Frage des Kartell- und Syndikatswesens in der schweren Industrie nahm die Versammlung folgende Resolution an: Die V. Generalversammlung des christlichen Metallarbeiterverbandes ist im Prinzip keine Gegnerin der modernen Produktionsformen, wie sie sich in dem Kartellen und Syndikaten herausbilden, erblickt hierin vielmehr ein Mittel, um die Produktion planvoller und gleichmäßiger zu gestalten, was bei richtiger Anwendung dem Ge-

samtwohl nur dienlich sein kann. Sie verurteilt dagegen ganz entschieden diejenigen Praktiken und die Wirtschaftspolitik der Kartelle und Syndikate, welche darauf hinauslaufen, die wirtschaftliche Macht zum Schaden der Schwächeren, wie der Arbeiter, den weiterverbreitenden Industrien und der Allgemeinheit oder zur Bereicherung Einzelner zu mißbrauchen. Zur Bekämpfung von Uebergriffen des Kartell- und Syndikatswesens, wie sie in Einzelfällen zu Tage treten, hält die Generalversammlung die Anwendung entsprechender wirtschaftspolitischer oder gesetzlicher Maßnahmen seitens des Staates für erforderlich, um so die Interessen der Gesamtheit zu sichern.

— **(Die Sterbekasse deutscher Lehrer.)** Der Zusammenbruch der Central-Militär-Darlehnskasse hat in die deutsche Lehrerschaft eine weitgehende Beunruhigung hineingetragen und in nicht eingeweihten Kreisen zu der Besorgnis Anlaß gegeben, daß auch die Sicherheit der Sterbekasse deutscher Lehrer gefährdet sein könnte. Um die erregten Gemüter zu beruhigen, wird jedoch mitgeteilt, daß die Verwaltung der Central-Militär-Darlehnskasse und der Sterbekasse deutscher Lehrer einander nichts angehen, sowie, daß die letztere in keiner Weise durch den Zusammenbruch der Central-Militär-Darlehnskasse in Mitleidenschaft gezogen wird.

Einer Mitteilung der Preussischen Lehrervereinigung über die Sterbekasse entnehmen wir folgende Daten: Die St. d. L. untersteht der staatlichen Kontrolle des Kaiserlichen Aufsichtsamts für Privatversicherung; sie besitzt zu ihrem Betrieb für etwa 3400 Mitglieder der beiden Häuser Voltumstraße 9/10, Berlin N., die unter den Aktiven mit 446 000 Mk. zu Buch stehen. Alle von den Versicherten zumeist durch Vertrauensmänner (rund 1000 in Deutschland) eingeleiteten Prämien werden mündelsicher in ersten Hypotheken zu 4 1/2 Prozent in Berlin und dortorten angelegt, soweit sie nicht zum Betrieb Verwendung finden. Die Verwaltung (Direktor Prüssing mit 30 bis 40 Beamten) ist eine äußerst korrekte und gewissenhafte. Die Hypothekenanlage erfolgt an der Hand einer Tage von Seiten eines vom Kaiserlichen Aufsichtsamte für Privatversicherung als äußerst scharf einschätzenden bezeichneten Tagators nach vorheriger Ausfertigung der Bonität des Gebäudes und vorhergehender Zusageinschuldung des Grundstückes seitens des gesamten sechsgliedrigen Aufsichtsrats. Die nur erhaltenden Hypotheken umfassen Ende 1907 4 244 050 Mk.

— **(Keine Zeppeleinksteuer.)** Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt unter der Überschrift: „Die Zeppeleinksteuer!“ schreibt das Berliner Tageblatt am 1. September: „Auf der Suche nach neuen Steuerquellen ist dem Steuerfiskus unversehrt großes Heil widerfahren. Die vom deutschen Volke durch freiwillige Beiträge aufgebracht Millionen für den Grafen Zeppeleink erscheint den zuständigen Behörden als sehr willkommenes Objekt, um es zu Gunsten des leeren Reichssäckels zur Aber zu lassen.“ — Diese Meinung ist unrichtig. Eine Abgabe, die Zeppeleink-Spende für die Reichsfinanzen nutzbar zu machen besteht nirgends.

— **Ueber einen angeblichen Zusammenstoß** zwischen dem Präsidenten Castro und dem deutschen außerordentlichen Gesandten, Herrn v. Sedendorf, ist, wie dem „Samb. Correspond.“ aus Berlin gemeldet wird, an amtlicher Stelle nichts bekannt. Castro hatte auch kaum Veranlassung, gegen Sedendorf unhöflich aufzutreten, da dieser zugleich die holländischen Interessen vertritt. Augenblicklich sollen die Beziehungen zwischen beiden sogar sehr gut sein.

Ausland.

Frankreich.

— **Das französische Unterseeboot X** wurde in der Nähe von Cherbourg während einer Probefahrt von mittlerer Geschwindigkeit durch den Bruch einer Welle zum Stillstand gebracht; dank dem Funktionieren des Benzolmotors konnte das Schiff den Hafen erreichen.

Belgien.

— **Der belgische Senat** hat den Vertrag über die Abtretung des Kongostaats an Belgien mit 63 gegen 24 Stimmen und sodann das Kolonialgesetz mit 66 gegen 22 Stimmen angenommen.

England.

— **Das englische Schlachtschiff „St. Vincent“** ist am Donnerstag in Portsmouth vom Stapel gelassen worden. Es ist mit 19 250 Tonnen das größte Schiff der Dreadnought-Klasse.

Persien.

— **Zu den Unruhen in Persien** wird einem Londoner Blatte aus Teheran gemeldet, daß dem Schah Dienstag eine britische und eine russische Note übereinstimmenden Inhaltes überreicht worden sind, in denen seine Aufmerksamkeit auf die in den Provinzen herrschenden Unruhen gelenkt und insbesondere auf die Gefahr aufmerksam gemacht wird, in der Leben und Eigentum der Fremden in Tabriz schweben. Die Note empfiehlt dem Schah bringend, zur Beunruhigung des Volkes die verpöbte Proklamation, betreffend die Wahlen, sobald als möglich zu erlassen und das Parlament für Mitte November zusammen zu berufen.

Kolonien.

— **Die Hereros**, die seinerzeit in das Oamaland geflohen sind und dort Unterkunft gesucht haben, kehren in immer größerer Zahl in die deutsche Polizeizone zurück, weil sie im Oamaland schlecht behandelt werden. Nach der „Tägl. Rundschau“ sei neuerdings die Rückwanderung eines größeren Trupps vor sich gegangen. Von den Oambos selbst seien seit Mai d. J. nur 200 Personen in die deutsche Polizeizone eingewandert, um dort Arbeit zu nehmen. Der Grund für diese schwache Einwanderung liegt darin, daß die Aussicht, Arbeit zu finden, nur gering sei.

— **(Die Unruhen auf den Karolinen.)** Der „L.-A.“ teilt mit, daß der Gouverneur Dr. Dahl sich entschlossen hat, von Herberichs Höhe selbst an Ort und Stelle zu begeben, um die Un-

tereinander in allförieden lebenden Häupflinge zur Ruhe zu bringen. Dr. Dahl, der früher längere Zeit in Bonaparte stationierte war, kennt Art und Sitten der Eingeborenen sehr genau und spricht auch ihre Sprache. Am 6. d. M. sind von ihm bereits 100 Polizeisoldaten von Herberichs Höhe vorausgeschickt worden.

Westfalen u. Rheinland.

Deutscher Pfarrertag.

Dortmund, 11. Sept. Mittwoch vormittag um acht Uhr trat im Reinoldinum die Abgeordnetenversammlung des Verbandes Deutscher evangelischer Pfarrervereine zusammen, die mit einer Morgenandacht eingeleitet wurde. Vorweg ging die Schlußung der Vereinigung der Preussischen Pfarrervereine, in der das Thema: Orts- und Kreislichulaufsicht der Geistlichen zur Verhandlung kam. Pfarrer Pasche-Dieskau, der gründete hierbei einen Antrag, der die Beibehaltung der Schulaufsicht der Geistlichen im Nebenamt anstrebte. — Doch fand dieser Antrag keine Mehrheit. — Ein Antrag des Pommerischen Pfarrervereins über die Feuerbestattung wurde dem Vorstande überwiesen.

In der Abgeordneten-Versammlung des Verbandes deutscher evangelischer Pfarrervereine wurde nach der Morgenandacht Defan Deihmann zum Vorsitzenden gewählt, und zunächst

der Gotteslästerungs-Paragraf

(§ 166 St.-G.-B.), der die Beschimpfung von staatlich anerkannter Religionsgemeinschaften unter Strafe stellt, beraten. Der Referent zu diesem Thema Stadtpfarrer Schniger (Kirchberg i. Warttemberg) legte dar, daß der Paragraf in seiner jetzigen Form zu berechtigter Kritik Raum lasse. Änderungen seien aber sehr schwer möglich, weil neue materielle Bestimmungen nur neue Schwierigkeiten schaffen würden und eine noch größere Befugnis des Richters nicht zu wünschen sei. Der Redner erläuterte dann im Einzelnen die Bestimmungen des § 166, Abs. 1 sei ursprünglich gedacht zum Schutze der Religion selbst. Der wichtigste Absatz 2 des Gesetzes wolle das Verhältniß der Konfessionen untereinander regeln und den konfessionellen Frieden wahren. Dieser Absatz 2 erfülle seinen Zweck überhaupt nicht. Der Staat habe zwar das Recht und die Pflicht, den konfessionellen Frieden zu wahren, aber nicht dadurch, daß er den einen Teil mundtot macht, sondern dadurch, daß er Uebergriffe von beiden Seiten verhindert und vor allem die Gewissensfreiheit schützt. Das letztere ist sein eigentlicher Kern gegenüber den Kirchen, und es bleibt zu erwägen, ob nicht die Reibungsflächen zwischen den Konfessionen durch positive Bestimmungen zum Schutze der Gewissensfreiheit mit viel größerem Erfolg vermindert werden können, als durch die Beschränkungen, die in ihrer Auslegung zu unsicher sind, und dem einen Teile viel mehr zu Gute kommen als dem anderen. Der letzte Absatz des § 166, der das Hausrecht in den einzelnen kirchlichen Gebäuden schützt, mag bestehen bleiben, obwohl der Hausfriedensbruchparagraf zum Schutze der Ordnung in den gottesdienstlichen Räumen ausreicht. Es ist nur zu verlangen, daß das Begehren abgewehrt wird. — Schließlich wurde eine Resolution angenommen, in der der Vorstand beauftragt wird, einen formulierten Änderungsantrag zum § 166 zu entwerfen, insbesondere zu erwägen, ob nicht die Reibungsflächen zwischen den Konfessionen durch positive Bestimmungen zum Schutze der Gewissensfreiheit mit größerem Erfolge vermindert werden können als durch die Beschränkungen, wie sie der Paragraf gegenwärtig enthält.

Die Förderung der kirchlichen Austrittsbewegung wurde von der Tagesordnung abgelehnt.

Darauf referierte Pfarrer von der Heydt-Berlin über die kirchliche Vermögensverwaltung. Der Referent wies auf die Macht des genossenschaftlichen Gedankens hin, der sich in den letzten Jahrzehnten auf so vielen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens durchgesetzt hat, und erörterte die Frage, in welcher Weise auch das kirchliche Wesen an den Vorteilen des modernen genossenschaftlich organisierten Geldverkehrs beteiligt werden könne.

Nachdem weiter die Schaffung eines Verbandes beschlossen worden war und die Versammlung den Beitritt des Verbandes zur Genossenschaftsbank für evangelische Pfarrer und Pfarrervereine zu Berlin beschlossen hatte, wandte man sich dem Antrage des Pfarrervereins im Großherzogtum Hessen zu, nach dem Vorgange dieses Bezirksvereins den deutschen evangelischen Vereine zur Förderung der Sittlichkeit korporativ beizutreten. — Pfarrer Fritsch-Ruppertsburg führte in der Begründung dieses Antrages aus: Wir sehen ein Verberben über unser Volk hereinbrechen, gegen das alle einsichtige Welt Stellung nehmen müssen. Der

Kampf gegen die öffentliche Unzucht kann nur mit Erfolg geführt werden, wenn große Scharen hinter der Bewegung stehen. Ein Teil unserer Presse reißt allerdings alle Maßnahmen zur Bekämpfung der öffentlichen Unsitlichkeit herunter. Der Regierung ist selbst Angst und Schrecken vor den Verberberungen, die die öffentliche Unzucht anrichtet. Wir ist von einem Gymnasium erzählt worden, dessen sämtliche Primaner geschlechtskrank sind. (Gelächter) Es kommt darauf an, daß hier 11 000 Pfarrer erklären: wir alle sind einig. Wir können da von den katholischen Brüdern etwas lernen. Bei uns wird gleich gezetert, die Kunst leide großen Schaden, die Freiheit der Einzelnen werde zu Grunde gerichtet, wenn man sich gegen die Auswüchse der Literatur wehre. Es ist für uns, als Vertreter des evangelischen Pfarrerstandes nötig, offen unseren Mann zu stellen. Wir wollen öffentlich für unser deutsches Volk, das so gefährdet ist, eintreten. (Lebhafte Zustimmung.) Es wurde beschlossen dem Verein beizutreten und dem Vorstande die Höhe des Beitrages zu überlassen. Nach weiteren geschäftlichen Verhandlungen wurde als Ort des nächstenjährigen deutschen Pfarrertages Wiesbaden bestimmt und darauf die Abgeordnetenversammlung geschlossen.